

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Former, Atempner, Schlosser und Maschinenbauer, Gelbgießer und Gütfler, Seilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 S. in Partien direkt durch die Expedition blätter. Einzel Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 29. November 1890.

Inserate die viergespaltene Beilage oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

## Die Invaliden- und Alters-Versorgung. (Schluß.)

In welchem Ausnahmefalle kann, wenn ein Unfall die Erwerbs-Unfähigkeit verursacht hat, Invalidenrente und Unfallrente gleichzeitig bezogen werden?

Beide Renten werden bezahlt, wenn die Unfallrente für den dauernd erwerbsunfähigen Arbeiter nicht 415 M jährlich beträgt. Von der Invalidenrente wird alsdann soviel bezahlt, bis die Summe mit der Unfallrente zusammen 415 M jährlich beträgt.

415 M jährlich ist überhaupt nach der Invalidenversicherung die höchste Rente, die ein Arbeiter unter den günstigsten Umständen erhalten kann.

Wie wird die Invalidenrente für den dauernd erwerbsunfähigen Arbeiter berechnet?

Die Invalidenrente wird ebenfalls nach einem recht verwickelten Rechenexempel festgestellt.

1. Kommt zu jeder Rente ein Staatszuschuß von 50 M

2. tritt hinzu ein fester Beitrag der Versicherungsanstalt je nach den Lohnklassen, zu welchen während der Zeit der Arbeitsfähigkeit der Arbeiter gesteuert hat, und zwar wird hinzugerechnet für jede Woche, die der Arbeiter steuerte

in der 1. Lohnklasse	2 S
" " 2. "	6 "
" " 3. "	9 "
" " 4. "	13 "

Es werden im Ganzen nur 1410 Beitragswochen in Anrechnung gebracht. Hat der Arbeiter für mehr Wochen Beiträge geleistet, so fallen diejenigen Wochen aus, für die die niedrigsten Beiträge gezahlt sind, bis die Zahl 1410 übrig bleibt.

Wir wollen ein Beispiel nehmen.

Ein Arbeiter sei mit 14 Jahren in die Lehre getreten und habe 4 Jahre gelernt. Nun diene er 3 Jahre beim Militär, trat dann als Geselle in Arbeit, verdiente dann 5 Jahre lang 380 M jährlich. Er ist später nach einer größeren Stadt gekommen, hat da 10 Jahre gearbeitet und 650 M jährlichen Verdienst gehabt. Durch einen Streik erreichte man eine Lohnerhöhung auf 900 M. Mit diesem Lohne arbeitete der Arbeiter weitere 20 Jahre lang. Nun nahmen seine Arbeitskräfte ab und er konnte nur noch 800 M verdienen. Das dauerte wieder 10 Jahre, da verminderte sich die Arbeitsfähigkeit noch mehr und sein Verdienst sank auf 500 M. Diesen Lohn erreichte der Arbeiter noch 4 Jahre lang, dann ergriff ihn eine Krankheit, und er wurde dauernd arbeitsunfähig. Er ist jetzt 69 Jahre alt, und hat 54 Jahre zur Invaliden- und Altersversicherung gesteuert, oder doch nachweise, weil er vom vollendeten 16. Lebensjahre an zu steuern anfing.

Seine Beitragswochen mögen sich so stellen:

2 Jahre als Lehrling 1. Klasse	=	98
3 " als Soldat (à 47 Wochen)	2.	= 161
5 Jahre Arbeiter	2.	= 210
10 " " " 3.	"	= 450
Krank in der Zeit	2.	= 22
20 Jahre Arbeiter	4.	= 880
Krank in der Zeit	2.	= 65
10 Jahre Arbeiter	3.	= 463
Krankheit	2.	= 12
4 Jahre Arbeiter	2.	= 130
<b>54 Arbeitsjahre</b>		<b>2491</b>

Daß der Mann länger als 50 Jahre arbeitsfähig war, befreit ihn von der Beitragspflicht nicht.

Militärdienst und Krankheiten werden mit der 2. Lohnklasse berechnet.

Es sind demnach gezahlt Beitragswochen

in der 1. Lohnklasse	98 Wochen
" " 2. "	600 "
" " 3. "	913 "
" " 4. "	880 "
<b>Summa</b>	<b>2491 Wochen</b>

Es sind, um 1410 Wochen zu erhalten, also 1081 Wochen von obiger Zahl wegzunehmen. Es werden dazu gestrichen: 98 Wochen 1. Lohnklasse, 600 Wochen 2. Lohnklasse und noch 383 Wochen von der 3. Lohnklasse. Es bleiben zur Berechnung der Invalidenrente also 530 Wochen 3. Klasse und 880 Wochen 4. Klasse.

Die Rente berechnet sich nun so:

1. Staatszuschuß	=	50.-
2. feste Rente der Anstalt	=	60.-
3. berechnete Rente d. Anstalt		
530 Wochen 3. Kl. à 9 S	=	47.70
880 " 4. " à 13 "	=	114.44
<b>Ganze Rente</b>	=	<b>272.14</b>

In diesem außerordentlich günstigen Falle, daß ein Arbeiter von seinem 16. Lebensjahre ab 54 Jahre arbeitsfähig gewesen ist, ziemlich lange in die höchste Lohnklasse hat zahlen können und niemals längere Zeit ohne Arbeit war, würde er als Mann von 69 Jahren in den Genuß einer Rente von etwas über 74 S täglich gelangen.

Diese Zahl möchten nicht viele Arbeiter erreichen, da selbstredend Niemand sein Leben hindurch immer in der höchsten Klasse des Lohnes stehen und die herrschende Arbeitslosigkeit nicht immer es wird ermöglichen, daß die Zahl von 47 Wochen Arbeitszeit jährlich erreicht wird.

Was hat der Arbeiter zu leisten, um in den Genuß der Rente zu gelangen?

Er hat von seinem 16. Lebensjahre ab Beiträge zu zahlen und zwar wöchentlich in den ersten 10 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes, wenn er gehört

in die 1. Lohnklasse	7 S
" " 2. "	10 "
" " 3. "	12 "
" " 4. "	15 "

Die Betriebsunternehmer haben einen gleichen Beitrag zu leisten.

Der Mann, dessen Rente wir oben ausgerechnet haben, würde also gezahlt

haben, weil für die Zeit des Nichtverdienstes und der Krankheit ihm keine Beiträge abberlangt werden:

als Lehrling 98 Wochen zu	7	=	6.86
dann	210	"	10 = 21.-
"	450	"	12 = 54.-
"	880	"	15 = 132.-
"	463	"	12 = 55.56
"	130	"	10 = 13.-
<b>Summa</b>			<b>282.42</b>

Wie berechnet sich das Beitragsjahr? In einem jedem Beitragsjahre müssen mindestens 47 Wochen Beiträge bezahlt werden. Sind in einem Jahre die 47 Beitragswochen nicht erreicht, d. h. hat der betreffende Arbeiter nicht 47 Wochen im Jahre in Arbeit gestanden, aber in einem andern Jahre länger als 47 Beitragswochen gearbeitet, so werden diese Wochen statt der fehlenden gutgerechnet.

Ist diese Berechnung von Wichtigkeit?

Sie betrifft nur die Wartezeit, so daß also die 5 Wartejahre, die zum Empfang der Invalidenrente erforderlich sind, 235 Beitragswochen, und die 30 Jahre, die zur Anwartschaft auf die Altersrente erforderlich sind, 1410 Wochen umfassen müssen. Hat der Arbeiter in der angegebenen Zeit diese Arbeits- oder Beitragswochen nicht erreicht, so verlängert sich seine Wartezeit um die fehlenden Wochen.

Die Saisonarbeiter werden dadurch schädlich getroffen.

Die Berechnung der Rente selbst nimmt nur auf Beitragswochen, nicht auf Beitragsjahre Rücksicht.

Sind erst die 235 Wochen für die Wartezeit zur Invalidenrente erreicht, so ist es nicht mehr von besonderer Wichtigkeit, ob die 47 Wochen im Jahre erfüllt werden, es kommt auf die Gesamtsumme der Wochen an.

Wie kann man dafür Sorge tragen, daß man bei Arbeitslosigkeit keinen Nachteil durch Verlust an Beitragswochen hat?

Während der Arbeiter in Arbeit steht, bezahlt der Unternehmer für ihn eben so viel, als der Arbeiter zu zahlen hat. Will der Arbeiter, der nicht in Arbeit steht, seine Rechte behalten, so muß er sich selbst weiter versichern. Er kann dies aber nur zur 2. Lohnklasse und muß noch eine Zusatzmarke für 8 S lösen, sowie den Beitrag für den Unternehmer mit bezahlen.

Es kostet also wöchentlich die Selbstversicherung 28 S.

Welche weitere Bestimmungen sind dabei maßgebend?

Es dürfen auch in der Selbstversicherung in keinem Jahre mehr als 52 Beitragswochen angerechnet werden. Man kann also nicht, was man in früheren Jahren verkannt hat, nachholen.

Beispiel. Ein Arbeiter will die 5 Wartejahre zur Invalidenversicherung nachweisen. Er hat im letzten Jahre 46 Beitragswochen, es fehlen ihm aber aus den früheren Kalenderjahren noch zusammen 10 Wochen, so daß ihm also insgesamt 11 Wochen fehlen.

Es hat das Jahr aber nur 52 Wochen oder einen Ueberschuß von nur 5 Wochen. Der Fehlbetrag von 6 Wochen ist daher nicht zu decken in dem letzten 5. Jahre, da auf die früheren Kalenderjahre nicht zurückgegriffen werden darf. Es wird der Arbeiter, um die 235 Beitragswochen voll zu machen, noch erst im 6. Jahre 6 Wochen Beitrag leisten müssen, bevor er die Invalidenrente beanspruchen kann. Das kann zu großer Schädigung führen.

Was hat ein Arbeiter also zu thun, wenn er in einem Kalenderjahr nicht die vorgeschriebenen 47 Beitragswochen erlangt hat?

Er hat womöglich noch in demselben Kalenderjahre oder spätestens im nächstfolgenden so viel Wochen als nötig, oder zu erhalten möglich sind, mit 28 S wöchentlich zu versichern, um möglichst schnell die volle Zahl wieder zu erhalten.

Kann ein beliebiger Theil der Wartezeit durch freiwillige Versicherung gedeckt werden?

Nein; von den 235 Beitragswochen der fünf Wartejahre zur Invalidenversicherung können nur 118 Wochen durch freiwillige Versicherung gedeckt werden, 117 Wochen muß der Arbeiter wirklich in Zwangsversicherung gewesen sein, also in Arbeit gestanden haben.

Wem werden die Versicherungsbeiträge bezahlt?

Der Betriebsunternehmer, bei dem der versicherungspflichtige Arbeiter in Arbeit steht, klebt auf eine Karte, die von der Behörde dem Arbeiter ausgestellt ist, wöchentlich eine Marke im Betrage von 14 S für die 1., 20 S für die 2., 24 S für die 3. und 30 S für die 4. Lohnklasse. Von diesem Betrage zieht er dem Arbeiter die Hälfte am Lohn ab.

Doch darf der Abzug sich höchstens auf die Beträge für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden erstrecken. Länger zurückliegende Beiträge kann der Unternehmer dem Arbeiter nicht mehr anrechnen.

Wenn der Arbeiter sich selbst versichert, so hat er selbst sich die entsprechende Marke zu 20 S und eine Zusatzmarke für 8 S zu kaufen und sie selbst einzukleben.

Wie geschieht die Entwerthung der Marken?

Die dazu erforderlichen Vorschriften werden vom Bundesrathe erlassen, sind aber noch nicht erschienen.

Wo werden die Quittungskarten ausgegeben?

Die Quittungskarten werden dem Arbeiter unentgeltlich durch die Behörde ausgestellt.

Verliert der Arbeiter eine Quittungskarte, so muß er die Ausstellung einer neuen bezahlen.

Welche Folgen kann der Verlust einer Quittungskarte sonst für den Arbeiter haben?

Er kann die ganzen durch die Zahlung von Beiträgen erworbenen Berechtigungen verlieren, wenn er die Dauer der Ver-

sicherung und die Höhe der Beiträge nicht sonst glaubhaft nachweisen kann.

Wann werden die Quittungskarten umgetauscht?

Die Quittungskarten enthalten Raum für 47 Wochenmarken. Ist die Karte gefüllt, so wird sie kostenlos durch eine neue ersetzt.

Der Arbeiter hat das Recht, jederzeit die Karte für seine Kosten mit einer neuen zu vertauschen.

Die Quittungskarten müssen spätestens drei Jahre nach ihrer Ausstellung umgetauscht werden, sonst sind sie ungültig und die darauf geklebten Marken sind wertlos.

Wie werden Streitigkeiten wegen Höhe der Beiträge entschieden?

Die Frage, zu welcher Lohnklasse ein Arbeiter anzusehen ist, zu welchem Berufszweige er gehört, werden von der untern Verwaltungsbehörde entschieden. Es steht eine Beschwerde an die frühere Verwaltungsbehörde zu.

Alle Streitigkeiten über Berechnung und Anrechnung der Beiträge entscheidet die untere Verwaltungsbehörde endgiltig.

Wie verfährt man, um die Alters- und Invalidenrente zu erhalten?

Der Anspruch wird unter Beifügung der Quittungskarte, des Geburtsattestates oder der ärztlichen Bescheinigung über die Invalidität an die untere Verwaltungsbehörde des Wohnortes gerichtet. Diese prüft nach Vorschrift den Antrag. Ist gegen den Antrag nichts einzuwenden, so wird die Rente sofort festgesetzt.

Wird der Antrag nicht anerkannt, so erhält der Antragsteller eine schriftliche mit Gründen versehene Abweisung. Gegen diesen Bescheid, sowie wegen ungenügender Festsetzung der Rente, kann die Berufung auf schiedsgerichtliche Entscheidung erfolgen.

Die Berufung hat keine aufschiebende Wirkung.

Gegen diese Entscheidung steht Revision beim Reichsversicherungsamte zu. Die Revision kann nicht auf tatsächliche Fehler, sondern nur gegen Formfehler im Urtheil gerichtet werden.

Wie geschieht die Auszahlung der Rente?

Die Auszahlung der Rente erfolgt durch die Postanstalten nach Anweisung durch die Versicherungsanstalt in monatlichen Raten.

Was haben die Arbeiter heute schon zu thun, um sich vor Verlusten zu sichern?

Da nach dem Gesetze die Invalidenrente erst nach 5 Wartejahren und die Altersrente erst nach 30 Wartejahren gezahlt werden soll, so würden Personen, die in den ersten 5 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes invalid werden, oder in den ersten 30 Jahren nach demselben Zeitpunkte das 70. Lebensjahr vollenden, keine Rente erhalten.

Hierfür sind Ausnahmegestimmungen festgesetzt. Die Invalidenrente erhält schon nach einem Wartejahre, wer nachweist, daß er fünf Jahre rückwärts vom Eintritt der Invalidität an in versicherungspflichtigen Gewerben beschäftigt war. Tritt das Gesetz am 1. Januar 1891 in Kraft, so wird im Jahre 1891 überhaupt keine Invalidenrente festgesetzt. Wer aber z. B. am 1. Januar 1892 invalid wird, erhält Rente, wenn er 47 Beschäftigungswochen für 1891, und außerdem nachweist, daß er zurück bis zum 1. Januar 1887 in solchen Gewerben beschäftigt war, die die Versicherungspflicht begründen. Würde die Invalidität am 15. April eintreten, so müßte derselbe Nachweis bis zum 15. April 1887 geführt werden.

Die Altersrente kann erhalten ohne die 30 Wartejahre, wer am 1. Januar 1891 älter als 40 Jahre ist, also spätestens im Jahre 1840 geboren wurde, — wenn er nachweisen kann, daß er in den drei Kalenderjahren vor dem 1. Januar 1891, also vom 1. Januar 1888 ab, mindestens

141 Wochen hindurch in einem die Versicherungspflicht begründenden Betriebe beschäftigt war.

Die Wartezeit verkürzt sich für ihn um so viel Wartejahre, als er am 1. Januar 1888 älter war als 40 Jahre.

Also angenommen, ein Arbeiter sei am 12. Juni 1832 geboren, so hat er am 1. Januar 1891 ein Alter von 58 Jahren und 5 Monaten. Die Zahl 40 ist also um 18 Jahre und 5 Monate überschritten.

Hat der Mann einen Ausweis über die 141 Beitragswochen vom 1. Januar 1888 ab, so hat er nur noch 11 Jahre 7 Monate Beitragsjahre als Wartejahre zu 47 Arbeitswochen durchzuhalten, bevor er die Altersrente erhalten kann, d. h. er kann, wenn er das Glück gehabt hat, diese 11 Jahre und 7 Monate hindurch alle Jahre mindestens 47 Arbeitswochen gehabt zu haben, oder, wenn er nie verfallen hat, rechtzeitig Marken und die Zusatzmarken zu lösen, falls er ohne Arbeit war, wenn er 70 Jahre zurückgelegt hat, die Rente erhalten, sonst wartet er noch etwas über das vollendete 70. Lebensjahr hinaus.

Wie wird der Nachweis, der in voriger Frage verlangt wird, geführt?

Darüber sind von den Behörden und durch die Presse so ausreichende Anweisungen gegeben, daß wir die als bekannt voraussetzen können. Wer es aber noch nicht wissen sollte, der frage darüber bei der Ortspolizeibehörde seiner Heimath an, die ihn darüber belehren wird. Außerdem wird es Aufgabe der mündlichen Belehrung in Vereinen und Versammlungen sein, da, wo die bis jetzt sehr ausgiebig gegebene Belehrung durch die Presse nicht ausreicht, das Verständniß zu schaffen.

### Dürfen im Kampf mit dem Kapital stehende Arbeiter Mitarbeiter zur Theilnahme nötigen?

In Deutschland steht man vorstehender Frage im Allgemeinen noch sehr philisterrhaft gegenüber.

Fast Alle, die nicht selbst Arbeiter sind, glauben schon genügend Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen, wenn sie erklären, die Arbeiter möchten immerhin sich günstigere Lebensbedingungen, im Nothfalle durch Arbeitseinstellungen, zu erringen suchen; Mitarbeiter, die jedoch an solchen Arbeitseinstellungen und an Feindseligkeiten wider die Unternehmer sich nicht zu betheiligen Lust hätten, dürften sie unter keinen Umständen dazu nötigen wollen.

Sehr bezeichnend für die Schwächtheit unserer deutschen Arbeiter ist die Thatsache, daß man derselben Meinung sogar gar nicht selten in Arbeiterkreisen begegnen kann. Gessichtlich genährt wurde bisher diese das eigene Interesse der Arbeiter beeinträchtigende Schwächtheit durch die Leiter der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine, die in kapitalistischem Interesse jede Beeinflussung von Arbeitern durch Arbeitsgenossen als Attentat wider die persönliche Freiheit verschrieen, wenn solche Beeinflussung sich darauf richtete, Theilnehmer an Arbeitseinstellungen u. dgl. zu werden.

Daß unsere deutsche Gesetzgebung die Möglichkeit gegeben hat, die Arbeiter in der energischen Wahrung ihrer Interessen einzuschränken, zeigt am deutlichsten der verächtliche § 153 der Reichsgewerbeordnung, der nicht nur die Anwendung körperlichen Zwanges zur Theilnahme an Verabredungen, die Verbesserung der Lebensverhältnisse bezwecken, mit Strafe bedroht, sondern auch Verurtheilung, also Ausprägungen der Leidenschaft, wie sie in der Hitze des Kampfes einfach unvermeidlich sind, sowie Ehrverletzung, Drohung u. s. w. verbietet.

In dem Lande, wo die kapitalistische Produktionsweise ihre höchste Blüthe erreicht hat und die Kämpfe zwischen den sogenannten Arbeitgebern und Arbeitnehmern die gewaltigsten Dimensionen angenommen haben — in England — steht das Gesetz den Arbeitern weit nachsichtiger gegenüber.

Selbst da, wo ausländische englische Arbeiter ganz systematisch sich der Einschüchterung und der Ueberredung bedienen, um jeden Arbeiter an der Annahme der Arbeit zu verhindern, verzichtet das Gesetz nicht nur auf Strafandrohungen, sondern es läßt auch eine Art „gütlicher Abmachung“ zu, die von den Ausständigen gewöhnlich dadurch herbeigeführt wird, daß Wachtposten (Pickets) aufgestellt werden, welche zuziehende Arbeiter über Gegenstand und Grund des Streiks unterrichten, sie von der Uebernahme der Arbeit abmahnen und ihnen Entschädigung für Reise und Zeitverlust zusichern dürfen. Nur direkte Gewaltanwendung ist verboten.

Es ist nicht zu verwundern, daß die Grenze zwischen Ueberreden und Zwingen nicht immer eingehalten wird, und daß Ueberschreitungen mannichfacher Art oft vorkommen. Trotzdem hat bisher in den meisten Fällen die Regierung die Augen zugedrückt und einem mehr oder weniger gewaltthätigen Auftreten gegen die sogenannten Blacklegs kein sonderliches Hinderniß bereitet, namentlich wenn die Streikenden, wie bei dem großen Ausstände der Dockarbeiter im vorigen Jahre, die öffentliche Meinung für sich hatten.

In England ist nun die Frage, wie weit die Arbeiter in ihren Bemühungen gehen dürfen, Arbeitsgenossen zur Theilnahme an Streiks, beziehungsweise zum Eintritt in die zum Kampfe gegen die Kapitalisten gegründeten Vereinigungen zu veranlassen, in neuester Zeit um so brennender geworden, als die unter dem Einflusse der Sozialisten John Burns, Tom Man und Ben Tillet stehenden neuen Gewerksvereine die Forderung, nicht mit Nicht-Antonisten zusammen zu arbeiten, fortgesetzt erheben und diese nur durchsetzen können, wenn sie fremde Arbeiter, die ja bei jeder gewöhnlichen, keine besondere Vorbildung erfordernden (unskilled) Arbeit in großer Anzahl zur Verfügung stehen, wirksam abschrecken können. Sie denken natürlich nicht daran, die Anwendung von Gewalt als ihr Recht anzuzuhlen; sie rechnen aber darauf in der Beeinflussung ihrer Mitarbeiter sich ohne ängstliche Einschränkung zwanglos bewegen zu dürfen, da sie sich ja bewußt sind, nur das gemeinsame Interesse aller Arbeiter zu vertreten. Und das ist zweifellos in dieser Frage der ausschlaggebende Punkt.

Die Arbeiter, welche im Kampfe stehen für eine Besserung ihrer Lebenshaltung, kämpfen nicht nur für sich, sie kämpfen auch nicht nur für die Arbeiterklasse, sie sind die Pioniere der gesammten kulturfortschreitenden Menschheit. Der Theil der Arbeiterklasse aber, welcher sich — gleichviel wodurch bewogen — auf Seite der Kapitalisten schlägt, besteht aus Feinden der Arbeiterklasse und bildet ein Hinderniß für den Kulturfortschritt. Solche Hindernisse mit allen irgend statthaftern Mitteln zu beseitigen, solche Feinde unschädlich zu machen, ist gewiß verhältnißmäßig, — daher darf ein gesetzliches Einschreiten nur da stattfinden, wo es sich um wirkliche Vergehen und Verbrechen gegen das allgemeine Strafgesetz handelt.

Das muß unbedingt für alle an der Arbeiterbewegung theilnehmenden Arbeiter eine Hauptforderung werden, und hoffentlich gelingt es schon jetzt den tapferen und einsichtsvollen Männern der neuen Gewerksvereine in England in der Erreichung, Bethätigung und Behauptung solcher Aktionsfreiheit den Arbeitern aller Länder mit autem Beispiel voranzugehen

Die Vertreter der internationalen Bourgeoisie werden natürlich gegen solche Arbeiterbestrebungen immer etwas einzuwenden haben, und es werden sich auch noch oft genug Leute finden lassen, die selbst Arbeiter sind oder dem Arbeiterstande angehört haben, und angeblich aus Gründen der Wohlstandigkeit, sowie der Freiheit und Selbständigkeit, die sie keinen Arbeiter verkümmert wissen wollen, sich erklären gegen jede energische Einschüchterung kämpfender Arbeiter auf solche Arbeitsgenossen, die zu direkter oder indirekter Begünstigung kapitalistischer Interessen sich gebrauchen lassen.

Erst in allerneuester Zeit hat einer der hervorragendsten Vertreter der alten englischen Trade-Unions sich in einem Werke, in dem er den Kampf zwischen Arbeit und Kapital in England behandelt, sich in dieser mehr kapitalistischen als arbeiterfreundlichen Weise ausgesprochen.

Es ist dies George Howell, ein Mann, der mit Recht als einer der besten Kenner des englischen Gewerksvereinswesens gilt. Er ist, wie alle Führer der Gewerksvereiner, von Haus aus Arbeiter, Maurer (bricklayer) und ein self made man in der besten Bedeutung des Wortes. An der Reformbewegung auf dem Gebiete der Arbeit hat er lange Jahre Theil genommen, vor Allen war seine Thätigkeit dem Gewerksverein gewidmet. Er war Sekretär des Londoner Gewerksrathes, dann acht Jahre lang Sekretär des parlamentarischen Ausschusses des Gewerksvereins-Kongresses und der erste Beamte der Gewerksvereine, jetzt ist er Advokat derselben und politisch radikal gesinntes Mitglied des Parlaments für Bethnal-Green; er steht in seinem 57. Jahre.

Sein Werk\*) athmet durchweg den Gedanken der früher als Rettungsmittel für die Arbeiter angepriesenen Selbsthilfe und tritt überall gegen die Einschüchterung des Staats und der Gesetze zu Gunsten der Arbeiter auf.

In diesem Sinne äußert Howell sich auch über die von uns hier behandelte Frage. In seinen Einwürfen gegen das Bestehen der neuen Gewerksvereine, der Vereinigung abgeneigte Arbeiter zur Theilnahme daran zu nötigen, erweist er sich als vollendeter Sophist.

Er verurtheilt mit größter Entschiedenheit jegliche Einschüchterung, wie sie bei Ausständen von den neuen Gewerksvereinen den Arbeitern gegenüber geübt wird, die an Stelle der Ausständigen die Arbeit unter den von diesen zurückgewiesenen Bedingungen zu übernehmen geneigt sind. Er erklärt sich auch als Gegner jeder Abhängigkeit zum Beitritt zu den Trade-Unions.

Ueber der Freiheit der Vereinigung steht ihm die Freiheit, die Vereinigung abzulehnen, wenn man das für das Geeignete hält. Er resumirt den Stand der Frage also: Die Arbeiter haben das Recht, Forderungen des Unternehmers abzulehnen und eigene Forderungen aufzustellen und durchzusetzen, sie haben aber nie das Recht, Andere zu tyrannisiren; sie können ihre eigenen Anschauungen verteidigen und begründen, aber sie dürfen nicht Andere von der Arbeit abhalten. Wer das thut, handelt nach Howell's Behauptung als Feind gegen seine Klasse und schädigt deren Sache; er verletzt jedes politische, moralische und soziale Recht.

Daß solche Arbeitervertreter von den Kapitalisten gern gesehen werden, läßt sich denken.

Die Kapitalisten kümmern sich sonst den Teufel um das politische, moralische und soziale Recht der Arbeiter. Und

\*) The conflicts of capital and labor, historically and economically considered, being a history and review of trade unions of Great Britain.

daß der Arbeiter in der That ein Narr oder ein Verräther an der Arbeitersache ist, wenn er aus solchen Gründen für den unbedeutendsten Zug zu dem Heere der für ihr historisch so vortrefflich begründetes Recht der Arbeiterausbeutung kämpfenden Kapitalisten sorgen hilft — das müssen auch die Howell und seine Genossen in anderen Ländern einsehen.

Dem das oberste Recht, das allen anderen vorangeht, ist das Recht der Arbeiter — dieser großen Volksmehrheit — auf viel bessere Lebensverhältnisse, als bisher die Kapitalisten und der mit diesen verbündete Staat ihnen gegönnt hat.

### Die Gewerkschafts-Konferenz in Berlin.

Zur Vervollständigung unseres Berichts über die erste Sitzung tragen wir noch Folgendes über die Generaldiskussion nach:

**Segitz-Fürth (Metallarbeiter)** führt aus, daß bei der jetzigen Verfahrensweise in den Kämpfen der Gewerkschaften an einen wirksamen Widerstand gegen die Koalitionen der Unternehmer nicht zu denken sei; in derselben Gewerkschaft wird an dem einen Ort für die neunstündige, an einem anderen Orte gegen die 12- bis 13stündige Arbeitszeit gekämpft. An die Stelle der Verfahrensweise müsse Einheitlichkeit und Zentralisation treten.

**Kloß-Stuttgart (Tischler)** empfiehlt die Bildung von Zentralorganisationen für alle Gewerkschaften, wo es irgendwie angeht. Aus diesen Zentralorganisationen soll eine Zentralkommission gebildet werden, welcher die Leitung der Agitation und die Entscheidung über Unterstützung in Streikfällen unterliegt. Angriffsstreiks müssen möglichst vermieden werden, dagegen müsse man Abwehrstreiks, welche den Organisationen aufgebührt werden, mit allen Mitteln unterstützen. Der Nachdruck der Agitation muß auf diejenigen Gebenden gelegt werden, aus denen die sogenannten Streikbrecher kommen (Preußen, Schlesien, Pommern). Dort müssen Organisationen irgend welcher Art ins Leben gerufen werden. Im Weiteren empfiehlt Redner Organisation der Arbeiterinnen.

**Fräulein Wabnick-Berlin (Mäherin)** tritt für die Gründung eines allgemeinen Agitationsfonds ein. Sie empfiehlt zentrale und internationale Organisationen, da auch das Kapital international sei.

**Schweiger-Berlin (Maler)** ist Gegner einer Zentralkommission für sämtliche Gewerkschaften, befürwortet dagegen die Zentralisation der einzelnen Gewerke. Er wünscht die Agitation durch Broschüren oder Flugblätter zu betreiben; in Fällen von Streiks empfiehlt er das Markensystem.

**Meißner-Hamburg (Klempner)** tritt für eine gemeinsame Organisation aller Gewerke ein, wie dort sie schon 1874 vorge schlagen hat.

**v. Elm-Hamburg (Sortierer)** empfiehlt bessere Vorbereitung bei Streiks und die Bildung internationaler Streikfonds. Eine wirksame Unterstützung der Arbeitslosen sei ein kräftiges Agitationsmittel.

Es tritt eine Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung.

**Reißhaus-Erfurt (Schneider)** ist Gegner der Bildung eines General-Streikfonds, da die Organisation der einzelnen Gewerkschaften noch zu wenig vorge schritten sei. Die Unterstützung solle den einzelnen Organisationen überlassen bleiben.

**Bock-Gotha (Schuhmacher)** glaubt, daß das Hauptgewicht auf die Agitation zu legen sei. Er spricht sich gegen die Bildung eines Zentral-Streikfonds aus und empfiehlt als beste Organisationsform die Zentralisation.

**Schlichte-Hamburg (Mechaniker)** rät die Gründung von Fachblättern an.

**Dammann-Hamburg (Maurer)** ist für die Bildung eines Zentralrats, an

welchen die einzelnen Gewerkschaften im Verhältnis zur Mitgliederzahl zu steuern hätten.

**Läterow-Berlin (Schneider)**: Die veränderte politische Situation dränge zur Zentralisation. Die Lokalorganisation könne nicht mehr allen Anforderungen genügen. Er empfiehlt, vorläufig eine Zentralkommission zur Regelung der Streiks zu wählen.

**Kloß-Stuttgart** entwickelt nochmals seine Ansichten; er sei nur für die Bildung einer Zentral-Streikkommission für Abwehrstreiks. Den einzelnen Gewerkschaften sei die Bildung von besonderen Streikkommissionen anzurathen.

**Kiele-Braunschweig (Maurer)** spricht sich als Vertreter der Braunschweiger Generalkommission für die Zentralisation der einzelnen Branchen aus und wünscht die Gründung eines einheitlichen Gewerkschaftsorgans.

**Bredner-Mürnberg (Schlosser)**: Der Gedanke einer Union sei nach seiner Ansicht sehr wohl zu diskutieren. Es müsse unbedingt danach getrachtet werden, die Ausgriffsstreiks zu regeln. Wenn bei Abwehrstreiks die Mittel der streikenden Gewerkschaften nicht ausreichten, so müsse die Allgemeinheit eintreten.

**Meißner-Hannover (Tabakarbeiter)**: Das beste wäre es, wenn alle Gewerkschaften in einen Topf kämen; aber dazu wären die Vorbedingungen noch nicht vorhanden. Von der neuen Gewerbe novelle hätten die Arbeiter nicht viel zu erwarten. Mit den lokalen Vereinskampfeleien ist nichts zu erreichen. Redner wünscht, daß die Frauen auch in gewerkschaftlicher Beziehung Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen sollen.

**Döblin-Berlin (Buchdrucker)**: Mögen alle Gewerkschaften so opferwillig sein, wie die Buchdrucker, welche 8 Prozent ihres Verdienstes den Unterstufungsklassen zahlen, dann wird es halb besser werden.

**Brey-Hannover (Schuhmacher)**: Die Hilfsarbeiter sind bisher zu wenig beachtet worden; auch sie müssen organisiert werden, da durch sie gerade Streiks verloren gehen.

**Domhin-Berlin (Berliner Streik-Kontrollkommission)** vertheidigt die Lokalorganisation. Wie leistungsfähig sie sei, beweise die Berliner Freie Vereinigung der Maurer, die Großes erzielt habe. Durch ein Kartell, oder durch eine Streik-Kontrollkommission kann ein Band gebildet werden, um der Kapitalmacht einheitlich entgegenzutreten. Redner bittet, selbst wenn die Konferenz die Zentralisation empfehlen sollte, möge sie den Verhältnissen in den großen Städten Rechnung tragen und die Berechtigung der Lokalorganisation anerkennen.

Nachdem noch **Hilmer-Hamburg (Schmied)**, für die Zentralisation eingetreten, wird die Fortsetzung der Debatte auf Montag Früh 9 Uhr vertagt, und die Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung einer geeigneten Resolution vorgenommen.

\* \* \*

Am Montag eröffnet **Legien-Hamburg (Drechsler)** die Debatte und empfiehlt allen Gewerkschaften die Bildung von Verbänden, wie er solche in einem von ihm ausgearbeiteten Statuten-Entwurf, der zur Vertheilung kommt, vorge sehen habe.

**Hoffmann-Berlin (Textilarbeiter)** vertritt den Standpunkt der Lokalorganisation und behauptet, daß so wenig Vertreter derselben anwesend seien.

Der Vertreter der **Bücker Hamburgs** und **Frau Threr-Belten** treten für die Zentralisation der Gewerkschaften als Vorschulen für das politische Leben ein. Letztere empfiehlt auch den Arbeiterinnen die Zentralisation.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. **Kloß-Stuttgart** verliest nunmehr die von der Kommission ausgearbeitete Reso-

lution, deren Druck beschlossen wird. Sie lautet:

„In Erwägung, daß die lokale Organisation als erste Form derselben den heutigen Produktionsverhältnissen nicht mehr entspricht, die wirtschaftliche Nothlage der Arbeiter vielmehr die Zusammenfassung aller Kräfte dringend erheischt, erklärt die Konferenz die zentralistische Organisationsform als die zur Zeit allein richtige. Die Konferenz empfiehlt daher allen bestehenden Lokalvereinen sich der betreffenden Zentralisation anzuschließen.“ In weiterer Erwägung, daß die Unternehmerorganisationen, wie sich solche uns in der Gegenwart darbieten, eine schwere Gefahr für das Bestehen auch dieser zentralistischen Organisationen bieten, hält der Kongress ein Zusammengehen dieser Organisationen zum Zweck der Vertheidigung des Organisationsrechtes der Arbeiter und zur Kräftigung dieser Zentralorganisation für dringend geboten.

„In weiterer Erwägung, daß ein Zusammengehen der Organisationen auf statutarischer Grundlage zu angegebenerm Zweck schon jetzt, angesichts der im Werden begriffenen Gewerbeordnungs-Novelle nicht rathsam erscheint, empfiehlt die Konferenz: die zentralisirten Gewerkschaften treten nach Bekanntwerden der Gewerbeordnungs-Novelle zu einem Allgemeinen Gewerkschafts-Kongress zusammen, um entsprechend den Bestimmungen der Gewerbeordnungs-Novelle Normen für ein Zusammenwirken dieser Organisation aufzustellen.“

„Lokalorganisationen in Staaten, welche gesetzlich verhindern, sich der Zentralisation anzuschließen, können sich auf dem Kongress durch gemeinsame Delegirte vertreten lassen.“

„Zentralorganisationen bis zu 1000 Mitgliedern entsenden einen Delegirten, größere Organisationen für jedes weitere 1000 ebenfalls einen Delegirten.“

„Lokalorganisationen können für je 1000 Mitglieder je einen gemeinsamen Vertreter entsenden; Orte, wo diese Gesamtmitgliederzahl nicht erreicht wird, haben sich zum Zweck der Vertretung mit anderen Orten zu verbinden.“

„Die Konferenz wählt aus ihrer Mitte eine Kommission von 7 Mitgliedern, welche unter Berücksichtigung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle die Vorlage für den Kongress auszuarbeiten, Zeit und Ort festzustellen und denselben einzuberufen hat.“

„Die Konferenz empfiehlt dem Kongress: eine Kommission von 7—9 Personen zu wählen, welche allen Angegriffen der Unternehmer auf das Organisationsrecht der Arbeiter, gleichviel welcher Branche, energisch entgegenzutreten bezw. jeden Widerstand der Einzelorganisation thatkräftig zu unterstützen hat.“

„Ferner hat diese Kommission für Organisation der wirtschaftlich zu schwach gestellten Arbeiter und Arbeiterinnen einzutreten und deren Organisationen thatkräftig zu unterstützen, sowie die Agitation zur Verbreitung der Organisation in den noch unorganisirten Landestheilen zu leiten.“

„Die für die Thätigkeit der Kommission nothwendigen Mittel, insbesondere diejenigen zur Unterstützung der Abwehrstreiks, werden durch Bei-

\* Wir können diesen Passus selbstverständlich nur dahin auffassen, daß diejenigen Zentralisationen gemeint sind, die nach den in der Arbeiterbewegung üblichen Gesetzmäßigkeiten gegründet sind; nicht aber „Zentralisationen“, die von einzelnen Streibern ohne Mandat der Genossen des Reiches — gegen den ausgesprochenen Willen dieser Genossen! — mit den verwerflichsten Mitteln „gegründet“ wurden und aufrecht zu erhalten ver sucht werden. Die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“.

träge der Gewerkschaften je nach Maßgabe der Mitgliederzahl aufgebracht. Das Aufbringen dieser Gelder seitens der einzelnen Gewerkschaften bleibt diesen überlassen.

„Bis zum Zusammentritt des Kongresses wird die von der Konferenz gewählte Kommission mit der Ausübung der Befugnisse dieser vom Kongress einzusetzenden Kommission betraut.“

Es wird noch beschlossen, die Vergleichung der Kosten der Konferenz bei in der Resolution erwähnten Kommission, die noch zu wählen ist, zu übertragen; dann tritt eine Pause bis 1 Uhr Mittags ein.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen wird beschlossen, in eine Spezialdiskussion über die Resolution, zu welcher verschiedene Änderungs vorschläge vorliegen, nicht erst einzutreten. Die Resolution wird vielmehr en bloc mit bedeutender Majorität angenommen.

Angenommen wird ein Antrag **Meißner**, die Organisationen aufzufordern, ihre Statuten so abzuändern, daß auch die Arbeiterinnen ihnen beitreten können.

Ein weiterer Antrag, an Stelle der Streik-Sammelisten das Markensystem einzuführen, wird ebenfalls angenommen.

Nunmehr wird zur Wahl der Kommission (s. Resolution) geschritten. Es werden gewählt:

v. Elm-Hamburg, Dammann-Hamburg, Legien-Hamburg, Schwarz-Albed, Glöde-Berlin, Kloß-Stuttgart und Frau Threr-Belten.

Hierauf nimmt die Konferenz die nachfolgende, von **Bock** eingebrachte Resolution einstimmig an: „Die am 16. und 17. November in Berlin tagende, von den Vertretern sämtlicher organisirter Arbeiter besetzte Gewerkschaftskonferenz protestirt mit Entschiedenheit gegen die in der Gewerbe novelle enthaltenen rigorosen Bestimmungen über eventuelle Bestrafungen von Streikleitern und erblickt in denselben die vollständige Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter zu Gunsten des Unternehmertums.“

Es kommen nunmehr die Aussperrungen der Glasarbeiter in Bergedorf, Otten sen zc., der Tabakarbeiter in Schwewe, der Schuhmacher in Erfurt und der Weißgerber in Kirchhain zur Sprache. Schnelligste Unterstützung wird allen Gewerkschaften zur Pflicht gemacht. Die weitere Regelung wird der Kommission überwiesen.

Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die allgemeine internationale Arbeiterbewegung schließt der Vorsitzende gegen halb 5 Uhr die Verhandlungen.

### Wo wohnt die Anduldsamkeit?

Den „berechtigten Bestrebungen der Arbeiter“ sollten in keiner Weise Hindernisse in den Weg gelegt werden, so lautet die Phrase, mit der man im Jahre 1878 im Parlament und am Regierungstisch die Befürchtungen zu beschwichtigen versuchte, welche gegenüber dem Zustandekommen des Ausnahmengesetzes gehegt wurden und zum Ausdruck gelangten. Die Handhabung des Gesetzes lehrte dann im Verlauf der letzten 12 Jahre selbst dem ehrlichsten Anhänger der Regierung, daß jene Befürchtungen nicht nur berechtigt waren, sondern durch die Praxis noch übertroffen wurden.

Nachdem nun — formell wenigstens — die arbeitende Klasse wieder dem „gemeinen Recht“ unterstellt ist, dürfte man mit Sicherheit erwarten, daß die Bestimmungen des § 152 der Gewerbeordnung respektirt, mindestens aber nicht in so auffälliger Weise illusorisch gemacht würden, wie das neuerdings von einer Seite geschehen ist, der für eine solche Handlungsweise die doppelte Verantwortlichkeit anzurechnen ist.

Die Verwaltung der Zentral-Reparaturwerkstatt Budau hatte Kunde

erhalten von der Versammlung der Metallarbeiter, welche ursprünglich zu Sonnabend, den 15. November, geplant war und bekanntlich am 18. stattfand. Gleich nach dem Bekanntwerden dieser Versammlungsanzeige setzte nun die Verwaltung der Budauer Reparaturwerkstatt ihren ganzen Melde- und Publikationsapparat in Aktion und that „ihren Arbeitern“ kund, daß derjenige, welcher sich unterstände, die 91. Versammlung zu besuchen, die sofortige Entlassung zu gewärtigen habe.

Die Verkündigung dieses Ukas ging — wie uns unsere Gewährsleute mittheilten — in ostentativer Weise vor sich und zwar dergestalt, daß die einzelnen Gruppen und Kolonnen vor ihre Vorarbeiter bzw. Kolonnenführer beschieden wurden, um stumm und schweigend dieser Entweber- oder -Alternative gegenüber gestellt zu werden.

Diese Thatsache, welche wir heute nur ganz kurz registriren, versprechen wir nächster Tage in ihrer ganzen Schönheit zu beleuchten, sofern uns nicht seitens der Budauer Werkstättenverwaltung umgehende und nachdrückliche Verichtigung zugeht.

(„Magdeburger Volksstimme.“)

**Protokoll**

des

**Delegirten Tages der Metallarbeiter Mecklenburgs in Schwerin.**

Auf Anregung der Schweriner Genossen wurde zum Sonntag, den 2. Nov., ein Delegirten Tag der Metallarbeiter Mecklenburgs nach hier einberufen mit folgender Tagesordnung:

- 1) Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter Mecklenburgs.
- 2) Agitation.
- 3) Wahl eines Vertrauensmannes.
- 4) Agitationsmärkte.
- 5) Verschiedenes.

Anwesend waren aus Rostock die Kollegen Witt und Weber, aus Güstrow Seß, Diedrich und Müller, aus Schwerin Tapfer, Siggelko, Schulz, Witt und Dhl. Kollege Tapfer sprach den auswärtigen Kollegen für ihr Erscheinen seinen Dank aus. Das Bureau wurde auf Antrag den hiesigen Genossen überlassen.

Zu Punkt 1 sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß die Lage der Metallarbeiter Mecklenburgs noch viel zu wünschen übrig ließe, da hier an Gesellen auf eigene Kost noch Löhne von M 13.50 und sogar M 10.50 gezahlt würden, wogegen die Arbeitsleute durchschnittlich einen Lohn von M 16.50 bei 10stündiger Arbeitszeit bekommen.

Zu Punkt 2 wurde folgende vom Kollegen Witt-Rostock abgefaßte Resolution einstimmig angenommen: „In Anbetracht der traurigen Lage der Metallarbeiter Mecklenburgs beschließt der Delegirten Tag der Metallarbeiter zu Schwerin, mit allen Kräften dafür einzutreten, die Einheit in Betreff unserer Organisation zu pflegen und zu fördern, und die Lage der Metallarbeiter in materieller, sowie in geistiger Beziehung zu heben; deshalb ist hier auch gegen die Branchenorganisation Frant zu machen, weil die Kräfte hier in Mecklenburg dadurch zerplittert würden.“

Zu Punkt 3 hoben die Kollegen Witt, Seß und Müller hervor, daß der Vertrauensmann ein womöglich unabhängiger Mann sein müsse, oder daß er im Falle einer Maßregelung so gestellt wäre, daß er sich unabhängig machen kann. Zum Vertrauensmann wurden Witt (Rostock), Seß und Tapfer vorgeschlagen und wurde die Wahl durch Stimmzettel vorgenommen. Es erhielt Stimmen: Tapfer 7, Seß 2, Witt 1. Tapfer nahm die Wahl an und versprach, daß er sich mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft seinem Amte widmen würde, und im Falle eine Maßregelung oder dergl. ihn treffen sollte, er bereit sei, sich unabhängig zu machen.

Ueber Punkt 4, worüber eine längere Debatte sich entspann, wurde die von Witt (Rostock) hierzu abgefaßte Resolution

einstimmig angenommen: „In Erwägung, betreffend die Einführung von Qualitätsmarken, beschließt der Delegirten Tag, dies dem Vertrauensmann zu überlassen, doch hat derselbe den Vertrauensleuten der betreffenden Städte in Mecklenburg Bericht zu erstatten, welcher dann den Mitgliedern vorgelegt werden muß.“

Dann wurde noch die ebenfalls von Witt (Rostock) verfaßte Resolution angenommen: „Da hier in Mecklenburg den Metallarbeitern die Aufklärung über ihre Klagenlage fehlt, möge der Delegirten Tag beschließen, für die möglichste Verbreitung der „Metallarbeiter-Zeitung“ Sorge zu tragen, eventuell die obligatorische Einführung in den bestehenden resp. zu gründenden Organisationen nach Kräften zu unterstützen.“

Da die Zeit kam, wo die auswärtigen Kollegen wieder zu Hause reisen mußten, stellte Witt (Rostock) den Antrag, den Vertrauensmann zu ersuchen, so bald wie möglich einen Delegirten Tag nach Güstrow einzuberufen zur Fortsetzung dieser Verhandlung, da noch Manches, was zur Besserung der Lage der Metallarbeiter von Vorteil ist, zu besprechen wäre, und wollte er dort einen Vortrag über das Lehrlingswesen halten.

Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.

**Reichstagsbriefe.**

© Berlin, 22. November.

Die Verhandlungen dieser Woche brachten die vorläufige Entscheidung über einige der wichtigsten Punkte der ganzen Vorlage, die Bestimmungen über den Arbeitertrag, den Schutz des Unternehmertums gegen die „Ausbreitungen“ der bekanntlich immer „begehrlicher“ und „unbotmäßiger“ werdenden Arbeiter, welche sich zu „Herren“ der armen Unternehmer aufwerfen wollen, wie man jetzt tagtäglich in der Bourgeoispreffe lesen kann.

Daß die Paragraphen, welche von dieser Materie handeln, den „Herren“ zehnmal wichtiger sind als der ganze Arbeitertrag, liegt auf der Hand — und wir sehen sie, d. h. ihre Vertreter in der Kommission, denn auch während der letzten fünf Sitzungen mit einem Eifer an der Arbeit, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre.

„Verhältnisse der Gesellen und Gehilfen“ ist der Abschnitt betitelt, in welchem wir die Bestrafung des Kontraktbruches finden. Der Abschnitt umfaßt die §§ 121—125, und der letztere ist es, welcher die in's Arbeiterleben tief einschneidende Neugestaltung erfahren hat, welche nach der Meinung der Regierungsleute und der Herren vom Geißack eine „Beruhigung“, eine „Stabilisierung der Verhältnisse“ herbeiführen soll, die aber in der That, wenn sie vom Plenum des Reichstags beibehalten werden sollte, nur zu neuen erbitterten Kämpfen zwischen der Bourgeoisie und den Lohnarbeitern führen wird. Erreglich war der Streit darüber, wie man die neue Zwangsbestimmung nennen solle. Eine „Strafe“ darf sie auf keinen Fall genannt werden, denn es handelt sich ja um eine — wenn auch öffentlich-rechtliche — Bestimmung, so doch um eine Vermögensfrage und nicht um eine Kriminalsache. „Buße“ ginge schon eher an, aber auch dieses Wort klingt häßlich; „Entschädigung“ wäre die wohlklingendste Bezeichnung, aber sie ist nicht richtig, denn Entschädigungen müssen sich nach einem nachweisbar erlittenen Schaden richten und dürfen nicht ein für alle Mal wie Geldstrafen im voraus festgesetzt sein.

Die Regierungsvorlage verlangte, dem Absatz 1 des § 125 folgenden Wortlaut zu geben:

„Hat ein Geselle oder Gehilfe vor recht-mäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber an Stelle der Entschädigung erze an ihn zu erlegenden Buße fordern, welche für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für sechs Wochen, bis auf die Höhe des ortsüblichen Tagelohns sich belaufen darf. Dasselbe Recht steht dem Gesellen oder Gehilfen gegen den Arbeitgeber zu, wenn er von diesem vor recht-mäßiger Beendigung des recht-mäßigen Arbeitsverhältnisses entlassen worden ist.“

Die Motive, welche dem Entwurf von der Regierung beigegeben sind, gaben sich eine riesige Mühe, die Sache plausibel zu machen. Sie ergingen sich in der satz-

bekannten Argumentation, die zivilrechtliche Verfolgung des Schadenersatzanspruches aus einem Kontraktbruch des Arbeiters sei für den Unternehmer zu langwierig und auch sonst mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Weil der Fabrikant oft Ursache habe, sich zu scheitern, seine Lage vor Gericht aufzudecken — wahrscheinlich weil dadurch die Konkurrenz erfahren könnte, wie viel an diesem oder jenen Artikel verdient wird —, und auch, weil parata Mittel fehlen, um selbst nur die Existenz eines Schadens im Allgemeinen einen überzeugend nachzuweisen, wie es bezeichnender Weise heißt. Auch sei meist vom Arbeiter ein Schadenersatz überhaupt nicht zu erlangen. Letzteres Geständnis ist höchst werthvoll zur Kenntniß der Arbeiter-lage: die Arbeiterklasse als solche ist derart ausgebeutet, daß ihr zivilrechtlich nichts genommen werden kann.

Scheinbar sollte nun dem Arbeiter dasselbe Recht gewährt werden wie dem Unternehmer. Es ist aber von vornherein klar, daß der Unternehmer sich im Vorkriegsstand befindet, weil er an dem rückständigen Lohn meist eine Art Ration in Händen hat, während der Arbeiter ein solches Hilfsmittel nicht besitzt, ihm auch keinerlei Schutz in Fällen des Bankrotts der Unternehmer gewährt wird.

Der Handelsminister mußte zur Bekräftigung der Regierungsmotive auch hier in der Kommission nichts weiter vorzubringen, als was er schon im Plenum des Reichstages dargelegt: die großen Arbeitslosstellungen der westfälischen Bergleute, die mit Kontraktbruch verbunden gewesen seien. Außerdem meinte er, es handle sich bei der Bestimmung ja eigentlich gar nicht so sehr um die Strafe, als darum, die Arbeiter im Allgemeinen daran zu gewöhnen, daß sie nicht ohne Erlaubnis aus der Arbeit laufen sollen.

Webel betonte, wie trüb es sei, den reichen Fabrikanten gegen den unbemittelten Arbeiter das Recht einer Geldbuße zuzusprechen, ohne daß auch nur eine Verpflichtung zum Nachweis des Schadens bestehe. Mollen ihn antworten auf die in ihren Grundlagen ohnedies höchst zweifelhafte Kontraktbruchstatistik des Handelsministers sehr richtig, daß die Kontraktbrüche massenhaft nur in solchen Ländern vorkommen, welche die Koalitionsfreiheit so verkümmern, wie Deutschland; in England könne man sie wegen der Bewegungsfreiheit der Arbeiterorganisationen nicht. Auch Mag Hirsch sagte zutreffend die Gründe gegen den neuen Paragraphen zusammen. Er erinnerte daran, daß schon 1874 seitens Industrieller petitionirt wurde um strafrechtliche Verfolgung des Kontraktbruches. Erst seit dem vorigen Jahre sei die Agitation wieder im Gange und in Folge dessen erische diese Vorlage. Die Gefahren des Kontraktbruches werden einfach übertrieben. Sie beruhen auf der Voraussetzung, der Unternehmer sei der Benachteiligte, thätiglich sei es aber der Arbeiter. Dem Unternehmer falle es nicht schwer, Ersatz für den Aus-scheidenden zu finden, der Arbeiter aber verliere seinen Unterhalt, müsse fort, könne nicht gut auf Schäden klagen, finde nicht leicht Arbeit. Er table auch die Strafe mit Kontraktbrüchen, aber man müsse die Lage der Arbeiter, besonders der westfälischen Bergarbeiter bedenken, daß meist eine Explosion vorliege, deren moralische Verantwortung auf die Unternehmer falle. In der Erregung des Augenblicks erwäge der Mensch nicht, er werde eher noch weiter getrieben.

Trotz dieser sehr richtigen Darlegungen Hirschs, wußte dessen Parteigenosse, der heftige Rechtsanwalt Dr. Gutfleisch, nichts Besseres zu thun, als der Regierung auf mehr als zwei Drittel des Weges entgegenzukommen. Er beantragte zwar zunächst, den Abs. 1 zu streichen, stellte aber gleich folgenden Euentualantrag dazu: „Hat ein Geselle oder Gehilfe rechtswidrig die Arbeit verlassen, so kann der Arbeitgeber als Entschädigung, ohne Beweisführung über die Höhe des Schadens und gegen Verzicht auf weitere Ansprüche, für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für sechs Tage, den Betrag des ortsüblichen Tagelohns (§ 8 des Krankversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883, Reichsgesetzbl. S. 73) fordern.“

Dieser Antrag kam den anderen reaktionären Parteien natürlich wie gerufen. Der Nationalliberale Müller-Darmund, ein Reaktionsär, der vom Dr. Hartmann nur wenig übertroffen wird, zog seinen eigenen Antrag zu Gunsten des Gutfleisch'schen zurück, und die ganze rechtsstehende Gesellschaft war des Lobes voll über den „staatsmännlichen“ Vorschlag des Herrn Deutsch-freimüthigen, was übrigens von Webel und Singer gebührend angepöbel wurde.

Bei der Euentual-Abstimmung wurde der Antrag Gutfleisch mit 16 gegen 9 Stimmen angenommen; von den Freimüthigen

stimmten Schmidt (Eberfeld) und Gutfleisch dafür, ebenso der „Volks-parteller“ Hähne. Hiernach wird es eventuell, wenn die Fraktionen in der Plenarberatung diesen Kommissionsmitgliedern folgen, das Verdict eines Theils der Freimüthigen und der „Volkspartei“ sein, ein neues Recht — die Strafe für Kontraktbruch — in die deutsche Gesetzgebung eingeführt zu haben! Auch ein Theil desentrums, u. A. der große „Sozialreformer“ Hige und Graf Galen, hat für den Antrag Gutfleisch gestimmt.

Bei der Gesamt-Abstimmung wurde der nun so gestaltete § 125 mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Mit diesem Beschluß finden sich Schmidt und Hähne wieder mit den übrigen Freimüthigen zusammen und nur Herr Dr. Gutfleisch stimmte unter Assistenz der Konservativen, Nationalliberalen und eines Theils der Schwarzen für die Bußbestimmung, die er zuerst so freudig beantragt hatte!

Die die Strafbestimmungen enthaltenden Paragraphen wurden nach geringfügiger Debatte angenommen mit Ausnahme des § 151, durch welchen der größere Theil der Verantwortung den Unternehmern abgenommen und ihren Stellvertretern aufgeladen werden sollte.

Eine zweiwöchige, von allen Seiten mit großer Schärfe geführte Debatte rief der vorgeschlagene § 153 hervor. Derselbe war in der Regierungsvorlage, es mag gegen diese unsere Auffassung gesagt werden was da will, einfach darauf zugeschnitten, daß die Arbeiter in Deutschland haben, vollends zu befechtigen. Der bisherige § 153 will lediglich Sicherheit dafür herstellen, daß niemand gegen seinen Willen zur Theilnahme an einer Koalition gezwungen werde. Schon bei diesem Stand der Gesetzgebung ist es unvermeidlich, daß die Arbeiter, als die Schwächeren in den wirtschaftlichen Kämpfen, die außerdem die großen Streiks häufig genug mit unbilligsten Massen und größerer Leidenschaftlichkeit zu rechnen haben als die Herren Unternehmer, deren von ihren „Ming“ ausgeübte Druckmaßregeln zur Beilegung an Koalitionen, die das Licht zu scheuen haben, seltener an die Definitivität treten, öfters von dem Gesetz getroffen werden als die Unternehmer. Diesen Zustand wollte nun die Regierungsvorlage in einer Weise verschärfen, die der Stempel der Unbilligkeit an der Stirn trug. Der Paragraph hatte folgenden Wortlaut:

„Wer es unternimmt, durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzungen oder durch Verurtheilung 1) Arbeiter oder Unternehmer zur Theilnahme an Verabredungen der im § 152 bezeichneten Art zu bestimmen oder am Rücktritt von solchen Verabredungen zu hindern, 2) Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Fortsetzung oder Annahme der Arbeit zu hindern, 3) Unternehmer zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen oder an der Annahme von Arbeitern zu hindern, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. Ist die Handlung gewohnheitsgemäß begangen, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahre ein. Die gleichen Strafvorschriften finden gegen denjenigen Anwendung, welcher Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit oder Unternehmer zur widerrechtlichen Entlassung von Arbeitern öffentlich auffordert.“

Diesem gesetzgeberischen Wortstrom gegenüber wendeten die Sozialdemokraten den Spieß um und verlangten, daß die Unternehmer „eins auf den Kopf“ bekommen sollten. Sie beantragten:

„Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung oder durch Verurtheilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen oder Vereinen nicht Theil zu nehmen oder ihnen nicht Folge zu leisten, sowie derjenige, welcher mit Anderen verhandelt, Arbeitern deshalb, weil sie an solchen Verabredungen oder Vereinigungen Theil nehmen oder Theil genommen haben, die Arbeitsgelegenheit zu verschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen oder sie aus der Arbeit zu entlassen, wird mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.“

Der Handelsminister hatte bei der Verteidigung des Regierungsvorlages diesmal doch einen schweren Stand, da er mit Ausnahme der Herren v. Stum und Hartmann von Niemand ernsthaft unterstützt, ja, von seinen eigenen Kollegen, den „sozialpolitischen Gehelmräthen“, sozusagen im Stich gelassen wurde. Er versicherte, die Regierung habe nicht entfernt die Absicht, diese Strafbestimmungen gegen die Arbeiter an sich benutzen zu wollen. Was sie treffen wolle, seien allein diejenigen, welche die in dem § 153 charakterisirten Vergehen verübt haben. Schützen wolle man die Arbeiter, nicht strafen, schützen vor der Verführung,

der sie „gewissenlose Agitatoren“ aussehen, gegen die es bisher kein ausreichendes Mittel gab.

Herr v. Berlepsch scheint über die tatsächlichen Verhältnisse im Arbeiterleben doch noch viel zu wenig informiert zu sein, sonst müßte er wissen, daß die Arbeiter vor den vielgeschwätzten „Agitatoren“, die ja nichts Anderes sind, als mit ihnen lebende, allenfalls etwas befähigtere Kollegen, gar nicht „geschüht“ sein wollen, so wenig wie Emin Pascha durch Stanley „befreit“ sein wollte, und daß diese „gewissenlosen“ Agitatoren in den allermeisten Fällen es sind, welche die durch die Brutalität gewisser Fabrikanten provozierten, auf's Heuwerke gereizten Arbeitermassen beruhigen, sie von allzu schroffen Vorgehen abhalten müssen.

Der Korreferent Guttschick beantragt in Verbindung mit Girsch, die zum Schutz des Fernbleibens oder des Rücktritts von Koalitionen bestehenden bisherigen Bestimmungen aufrecht zu erhalten, und eine neue, bisher fehlende Bestimmung aufzunehmen, durch welche auch der Beitritt und das Ausstehen bei Verabredungen, also das Koalitionsrecht an sich, geschützt wird.

In der Diskussion war es namentlich Weibel, der mit rücksichtslosester Schärfe das unerhörte Vorgehen gegen das Arbeiter-Koalitionsrecht geißelte und damit auch tatsächlich Eindruck erzielte, was bei den Herren, die da beisammen saßen, schon etwas heißen will. Der Mangel jeglichen Nachweises für die Notwendigkeit schärferer Bestimmungen erschien denn auch der Majorität schließlich gegeben und sie lehnte sowohl die Regierungsvorlage als sämtliche Anträge, die dazu gestellt waren, ab. Damit verbleibt es zunächst bei dem bisherigen Wortlaut des § 153. Hoffentlich bringt die zweite Lesung oder die Beratung im Plenum nicht doch noch eine Verschlechterung.

Die zweite Lesung in der Kommission beginnt am 1. Dezember. In der Zwischenzeit soll eine Subkommission, an der die Sozialdemokraten sich jedoch nicht beteiligen, eine Einigung über verschiedene Differenzen herbeizuführen suchen.

**Bekanntmachung.**

Der Kongreß der freien und auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen tritt am 8. Dezember d., Vormittags 9 Uhr, in Berlin zusammen. Er wird abgehalten in „Mais' Festhalle“, Dönhofstr. 22, daselbst ist zugleich der Sammelplatz für die eintreffenden Delegierten. Letztere werden an den Bahnhöfen durch Komitee-Mitglieder, welche an weiß-rothen Schürzen erkenntlich sind, in Empfang genommen. Diejenigen Delegierten, welche auf dem Dönhof oder Schleißer Bahnhof ankommen, werden ersucht, mit der Stadtbahn bis zum Bahnhof Friedrichstraße zu fahren. Sollten Delegierte das Empfangskomitee verfehlen, so haben sie sich im Kongreßlokal zur Empfangnahme des Quartierbillets zu melden. Des Weiteren werden alle Delegierte ersucht, als Erkennungszeichen ein grünes Bändchen im Knopfloch zu tragen. Diejenigen Delegierten, die kein Quartier nachgewiesen haben wollen, oder die besondere Wünsche in Bezug auf Quartiere haben wollen dem Vorsitzenden des Lokalkomitees, Herrn S. Köstke, Berlin SO., Rautenauer Ufer 62, hier von Mitteilung machen.

Diejenigen Herren, welche noch keine Delegierten gewählt haben, werden ersucht, nunmehr schleunigst die Wahl vorzunehmen und die Namen und Adressen der Gewählten der Kommission unter der Adresse S. S. Robinson, Antonio, Blücherstraße 21, bekannt zu geben. Diejenigen Herren, welche eigene Delegierte nicht senden können, werden ersucht, mit anderen Herren zwecks gemeinsamer Entsendung von Delegierten in Verbindung zu treten und wo auch dieses nicht angängig ist, ihr Mandat dem Vertreter einer anderen Klasse zu übertragen.

Mandatformulare, sowie der Gesuchentwurf nebst Begründung, sind durch obige Adresse zu beziehen.

Hamburg, 22. November 1890.

**Die Kommission.**

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden schleunigst um Abdruck gebeten.

**An die deutschen Gewerkschaften.**

Die von der am 16. bis 17. November d. J. in Berlin stattgefundenen Konferenz der deutschen Gewerkschaften gewählte Kommission hat sich konstituiert und führt den Namen

„General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.“ Dieselbe wählte zu ihren Vorsitzenden

G. Begien, zu ihrem Kassierer A. Dammann, Hamburg.

Sämtliche Korrespondenzen sind an den Vorsitzenden, sämtliche Geldsendungen an den Kassierer zu richten.

Berlin, den 18. November 1890.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands  
G. Begien, Hamburg-Glücksbühl, Osterstraße 76 b.

Ab. Dammann, Hamburg, Fürstenplatz 2, 1 Tr.

Ab. v. Elm, Hamburg St. Pauli, Marktstraße 127.

Emma Jhrer, Belten in der Markt.  
Theodor Schwarz, Lübeck, Alsbende 16.  
Theodor Glöde, Berlin SO, Baujägerstr. 52.  
Karl Klose, Stuttgart-Heilach, Böblingerstraße 127.

**Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**

Die wesentlichste Aufgabe der unterfertigten Kommission besteht darin, die im Kampf um ihr Organisationsrecht stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen durch Beschaffung der nöthigen Mittel thätig zu unterstützen. Der Kommission wurden sofort bei ihrem Zusammentritt von vier Organisationen Gesuche um Hilfeleistung unterbreitet, und sie hat die Ueberzeugung gewonnen, daß in allen 4 Fällen der Kampf durch rigoroses Vorgehen der Unternehmer in der angegebenen Richtung hervorgerufen ist. Es sind dies:

die Glasarbeiter in Vergeborf, Ottenen, die Schuhmacher in Erfurt, die Weißgerber in Kirchhain, und die Tabakarbeiter in Schwege.

Die Kommission richtet daher ihrer Aufgabe entsprechend an alle Gewerkschaften und Arbeiter Deutschlands das bringende Ersuchen, sofort für die nöthigen Mittel sorgen zu wollen, um den Kampf wirksam und siegreich durchführen zu können. Die Unterstützung von etwa 8000 Arbeitern erheischt große Summen und speziell die Organisationen werden ersucht, verfügbare Mittel sofort an den Kassierer A. Dammann, Hamburg, Fürstenplatz 2, 1 Tr., einzusenden. Die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Begien, Vorsitzender.  
Berlin, den 18. November 1890.

**Korrespondenzen.**

**Formen.**

**Fraunschweig.** Dessenliche Formen-Versammlung vom 19. November zc. Zum 1. Punkt der Tagesordnung legte der Vertrauensmann Abrechnung über eingegangene Gelder ab. Vom 15. August bis 15. Nov. sind vereinnahmt auf Listen M 379,75, auf Marken M 340,50, Summa M 720,25. Verkauft wurden M 646,50, bleibt Bestand M 73,75. Zum 2. Punkt referierte Herr Rebauffeur Fendrich über Zweck einer gewerkschaftlichen Organisation. Redner erläuterte in eingehender Weise die Produktionsweise und die Stellung der Arbeiter dazu und fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung erkennt in dem gehaltenen Vortrage an, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, einer Organisation anzugehören, und die in der Versammlung anwesenden Kollegen, welche keinem Verein angehören, erklären denselben beizutreten, und wünschen öfters durch solche belehrende Vorträge aufgeklärt zu werden.“ Zum 3. Punkt berichtete das Generalkommissions-Mitglied über seine Thätigkeit. Zur Ausarbeitung der städtischen Fragebogen, welche von der Generalkommission ausgegeben sind, wurde von jeder Glieder ein Kollege gewählt. Den streitenden Knopfdrehlern wurden 30 M bewilligt.

**Gannstatt.** Am 9. November hielt der Formen-Unterstützungsverein seine ordentliche Monatsversammlung ab. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde beschlossen, den Bericht des Streikassessors den Vorständen der hiesigen Fachvereine zu unterbreiten. Ferner wurde beschlossen, alle Versammlungen in der Zeitung bekannt zu machen. Die Versammlung nahm 3 Stunden in Anspruch und hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen.

**Halle.** In der am 8. November abgehaltenen Generalversammlung des Fachvereins der Formen und verwandter Berufsgenossen wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender R. Häuper, 2. Vorsitzender R. Rad, 1. Kassierer W. Gentscher, 2. Kassierer Aug. Stäger, 1. Schriftführer R. Breitkopf, 2. Schriftführer G. Weber. Um unseren Verein lebensfähig zu erhalten, sehen wir uns veranlaßt, die sich mit den Beiträgen im Rückstand befindenden Kollegen hierdurch aufzufordern, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Unsere Organisation läßt viel zu wünschen übrig, soll

dieselbe ihren Zweck erfüllen, so muß ein jedes Mitglied seine Schuldigkeit thun. Die Zeit, der wir entgegengehen, ist ernst. Die vereinbrechende Krisis macht sich auch in unserer Branche bemerkbar. Den schlechten Geschäftsgang werden die Fabrikanten benutzen, um uns unterdrücken zu können. Vor Kurzem hat es sich in der Halle'schen Maschinenfabrik gezeigt, wie man mit den Arbeitern umspringt. Wohl an 20 Formen und auch viele in anderen Branchen beschäftigte Arbeiter, darunter eine ganze Anzahl Verheirathete, wurden auf die Straße geworfen. Beim flotten Geschäftsgange waren diese Leute gut, sie verdienen ja den Herren Aktionären 32 Prozent Dividende. Man sagt jetzt einfach: Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, er kann gehen. Nehmliche Fälle sind auch in anderen Fabriken vorgekommen. Trotz diesem inhumanen Treiben der Fabrikanten können sich, und zwar speziell bei den Formern, viele Kollegen nicht entschließen, unserer Organisation beizutreten. An Aufklärung hat es hier nie gelebt, jedoch Viele waren für dieselbe nicht empfänglich. Ein jeder zielbewußte Kollege strebe darnach, die Indifferenten heranzuziehen, muthig und energievoll trete ein Jeder für unsere Prinzipien ein, nur dann werden sich die Verhältnisse bessern. Denn ohne Kampf kein Sieg.

**Striegau i. Schl.** Da es uns trotz aller Bemühungen nicht gelingt einen Metallarbeiter-Fachverein zu Stande zu bringen, und wir uns stets der guten Sache gegenüber solidarisch erklärt und gehalten haben, so haben wir beschlossen, nur die Reiseunterstützung an solche Kollegen auszugeben, welche nachweisen können, daß sie entweder einem Fachverein angehört und sich vorchriftsmäßig abgemeldet haben oder sich an die vom letzten Metallarbeiter-Kongreß eingeführte Markenordnung angeschlossen haben. Die Reiseunterstützung ist auf 50 M festgesetzt. Kollegen, welche Nichts aufzuweisen haben, erhalten Nichts.

**Selbgießer und Gürtler.**

**Hamburg.** Der Fachverein der Selbgießer und Gürtler hielt am 19. November eine Extra-Generalsammlung ab, in welcher Ergänzungswahlen zum Vorstande stattfanden mußten, da der bisherige 1. Vorsitzende G. Küster Umstände halber gezwungen ist, sein Amt niederzulegen, außerdem auch einige Vorstandsmitglieder abgereift sind. Es wurde zum 1. Vorsitzenden Otto Schulz, 2. Vors. Gustav Kobow, 1. Schriftführer G. Einzel und 2. Schriftführer S. Schröder gewählt. Hierauf wurden einige Änderungen des Statuts beschlossen. Die Anwesenden drückten noch dem von seinem Amte zurücktretenden Vorsitzenden ihre Anerkennung für seine langjährige Thätigkeit für den Verein aus und wurde die Versammlung hierauf geschlossen.

**Leipzig.** Am 8. November hielt der Verein der Selbgießer, Gürtler und Metallarbeiter seine General-Versammlung in der Weinwandhalle ab. Dieselbe war gut besucht und in ihren Einzelheiten auch interessant. Zweck dieses Berichtes soll sein, allen Kollegen einen kleinen Ueberblick über unsere Lage zu gewähren. Nach der üblichen Würdigung ergriff Kollege Brincke das Wort und setzte in kernigen Worten den Kollegen den Werth der Solidarität auseinander, worauf beschlossen wurde, dem Vertrauensmann 20 M als erste Rate zu überweisen. Die gegenwärtige Ansicht, das Geld für den kommenden voraussichtlich schlechten Winter zu sparen, blieb in der Minderheit. Ein Besuch des Kollegen Thatemuth um Unterstützung wurde abgelehnt und zwar aus folgenden Gründen: 1) hat er dem Verein niemals angehört und zwar deshalb nicht, weil er bei Gründung desselben nicht zum Vorsitzenden gewählt wurde; 2) ist nicht erwiesen, ob er in letzter Zeit überhaupt einem ähnlichen Verein angehört hat; 3) weil er als Zugereister in Grimma Kollegen gegenüber sehr verächtlich über die Fachvereine geäußert und damit renommirt hat, daß er einer Zünftegesellschaft angehört. Von verschiedenen Rednern wurde er als ein unsicherer Kollege bezeichnet, der nur darauf ausgehe, die Fachvereine auszunutzen. Dann wurde mitgeteilt, daß die bekannte Firma Brandt u. Engling in Markranstädt auffallend oft die Leute wechelt und die ohnehin schon sehr niedrigen Löhne noch weiter herunter zu bringen sucht; auch bedrängt die genannte Firma die Arbeitszeit herabzusetzen, weil sie auf Lager arbeiten läßt und wahrscheinlich die Belenchtung sparen will. Die Verkürzung der Arbeitszeit wäre nun ganz erfreulich, aber jetzt kommt der Niederfuß: dies alles geschieht einzig und allein auf Kosten der Arbeiter, statt Lohnaufbesserung Abzüge. Man beschloß, sich der Sache anzunehmen und im Nothfalle, da ein Streik ausfihrlos wäre, die Sperre zu verhängen. Ein Dreher ist mit einem geeigneten Arbeitsbuch entlassen worden, ob Zufall oder Absicht vorliegt (es betrifft die eigenthümliche Form der Null bei der Zahl 1890), werden wir jedenfalls bald ermitteln. Zur Führung des Arbeitsnachweises wurde Kol-

lege Brincke, Verberstr. 45, Hof 1, gewählt. Vorsitzender ist jetzt Otto Meibe, Weipzig, Weststraße 51; Kassierer: Martin, Reuschnefeld-Weipzig, Klarastraße 29. 1.

**Klempner.**

**Schwerin.** Der Streik der Klempner dauert unverändert fort. Junge ist strengstens ferngehalten, hauptsächlich von Berlin.

**Berlin.** Am 12. November tagte in Grauwells-Bierhallen eine gut besuchte Versammlung des Vereins der Klempner Berlin und Umgebend. Der Referent, Herr Tark, wies in seinem lehrreichen Vortrag über „Kongreßprognose“ besonders auf den traurigen Ueberblick hin, welchem Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Redner erntete reichen Beifall für seinen Vortrag. An der Diskussion beteiligten sich Kollege Selchow und Drange. Ein Antrag, sich dem Boykott über die Schlächtermesser Sager, Zentral-Markt Halle, Stand 10, sowie Lehberg, Oberbergerstr. 10., anzuschließen, wurde angenommen. Der Antrag wegen Gründung eines Gesangsvereins wurde abgelehnt, dagegen von Kollegen Weber auf die demnächst stattfindenden Volksversammlungen in Betreff der freien Volksbühne hingewiesen. Bei einer Anfrage über die seiner Zeit gewählte Lohnkommission wurde bekannt gemacht, daß nächstens eine öffentliche Versammlung stattfinden, um Bericht zu erstatten. Nachdem noch auf die Bedeutung der Fragebogen hingewiesen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

**Gemüth.** Am 16. November tagte in unserm Vereinslokal „Stadt Limbach“ unsere diesjährige 8. Generalversammlung, die sich eines mittelmäßigen Besuchs zu erfreuen hatte, mit folgender Tagesordnung: 1) Vortrag über Sibirien. 2) Vierteljahrsbericht und Abrechnung. 3) Diskussion und Vereinsangelegenheiten. 4) Fragekasten. Zu Punkt 1 ergriff Kollege Pannwitz das Wort und schilderte an der Hand eines von George Kennan verfaßten Buches dessen Begegnung mit politischen Verbannten, welchem Vortrag mit Aufmerksamkeit und Spannung gefolgt wurde. Aus demselben sah man so recht, in welcher despotischen Weise mit unseren Brüdern im großen Reich des Zaren verfahren wird und welche grauenhafte Unthaten da noch, durch die Willkür der Beamten, ungestrast verübt werden, von denen auch Unschuldige oft schwer mit betroffen werden und welche in dem betreffenden Werke scharf kritisiert waren. Beim 2. Punkte, Vierteljahrsbericht, äußerte sich Kollege Käther über den gegenwärtigen Stand des Vereins und die Bauheit der Kollegen in ihrer Betheiligung bei Vorgehen, welche die Befreiung des Proletariats von der Kapitalherrschaft bezwecken. Das rapide Wachsen des Vereins im Anfang sei hauptsächlich auf die damals herrschende politische Aufregung, die wegen der bevorstehenden Reichstagswahl alle Gemüther denkender Menschen erfaßte, zurückzuführen und sei durch Gründung des Vereins manche Hoffnung in Kollegen geweckt, die ihnen dann als Utopie erschienen, da sie erst geglaubt, wenn sie heute dem Verein beitreten, ihnen morgen schon die Früchte der Wirksamkeit desselben in den Schooß fallen müßten. Da dies aber unter gegenwärtigen Verhältnissen nicht der Fall, es vielmehr angestrengter und vereinter ausdauernder Thätigkeit bedarf, um ein günstiges Resultat zu erzielen, wozu Manche keine Lust in sich verspürten, wäre dies wieder Grund genug für diese gewesen, dem Verein den Rücken zu kehren, ohne zu bedenken, welchen Schaden sie dadurch sich selbst und der Allgemeinheit zufügen. Anderen wieder sei das Steuerzählen der Stein, an welchem sie Anstoß nehmen, da diese Großen, welche sie dem Verein zu seinem Besten beisteuerten, ihnen wieder Einschränkungen anderer Vergünstigungen, die meist sehr primitiver Art sind, auferlegten und sie es vorzögen, lieber als Steuerrestanten sich strecken zu lassen, als die gute Sache zu fördern und unterstützen zu helfen. Unter all' diesen und ähnlichen Verhältnissen sei es deshalb auch kein Wunder, daß die erst ca. 150 betragende Zahl der Mitglieder auf gegenwärtig 115 gesunken, unter denen sich extra noch ca. 20 Steuerrestanten befänden, während wieder ein anderer Theil die nur für kurze Zeit abgelegte Schlafmütze des „Deutschen Mittel“ um so tiefer über die Ohren gezogen und kein Aufrüttelungsversuch der Klassenbewußten Arbeiter sie diesem Zustande der Apathie zu entreißen vermog, in Folge dessen auch der Versammlungs-Besuch einen erschreckenden Rückgang erfahren. Indem er dann noch die Kollegen aufforderte, eifriger für die Hebung des Vereins durch Anwerben neuer Mitglieder einzutreten, schloß er seinen viel Wahres enthaltenden Bericht und es folgte hierauf die Rechnungsablage unseres Kassiers Kollegen Dramer, die von den Revisoren für richtig befunden worden war. Demselben wurde hierauf Decharge erteilt und Kapituliert hieran Kollege Käther einige Worte des Dankes für seine ungenügende und auf-

opfernde Tätigkeit. In Vereinsangelegenheiten wurde u. a. der Antrag gestellt, die Versammlungen statt alle 14 Tage, von jetzt ab nur vierwöchentlich stattfinden zu lassen. Doch wurde derselbe, nachdem längere Debatten darüber stattgefunden, abgelehnt. Ein verunglücktes Mitglied hatte antragsgemäß Unterstützung aus der Vereinskasse erhalten, wofür es seinen Dank abstellte. Nachdem noch der Fragekasten seines interessantesten Inhaltes entleert war, schloß der Vorsitzende, alle Kollegen zum festen Zusammenhalten ermahnen und die von den Vertrauensmännern ausgegebenen Karten und Marken besserer Beachtung empfehlend, die sehr interessante Verlesung.

**Frankfurt a. M.** In der am 17. November abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung legten der bisherige erste Vorsitzende, Ph. Sonntag, sowie der zweite Vorsitzende, Julius Schalech, ihr Amt nieder; an deren Stelle wurden gewählt: Chr. Heil als 1., und Bernhard Heinemann als 2. Vorsitzender.

**Hamburg.** Öffentliche Versammlung der Kampfer am 16. November. Ueber den Werth der Agitation und Organisation referierte G. Hemme. Redner beleuchtet zunächst den Zweck der Agitation betreffs der Gewerkschaften, ob es besser sei, die einzelnen Gewerbe zu zentralisieren oder Branchenorganisationen anzubahnen; wie diese Angelegenheit zu erledigen sei, bitte noch abzuwarten und hofft Redner, daß die augenblicklich in Berlin tagende Gewerkschaftskonferenz etwas ausschlaggebendes in dieser Beziehung bestimmen werde. Er stellte sich auf den Standpunkt der Fachzentralisation und sei es auch von großer Wichtigkeit, einen Minimallohn für jedes Fachgewerbe aufzustellen. Im Weiteren macht der Redner aufmerksam auf die heute neu ausgegebenen Karten zum Agitations- und Unterstützungsfond; der monatliche Beitrag beträgt nur 20 Pf. und werden diese Karten in ganz Deutschland in Umlauf gesetzt. Die einkommenden Gelder werden dem Vertrauensmann überwiesen; auch sind diese Karten noch an solche Kollegen abzugeben, die keiner Vereinigung angehören. Durch die Einführung dieser Karten kommen die Sammellisten in Wegfall. Es wird alsdann der Antrag, eine Teilersammlung zu veranstalten, angenommen. Im Weiteren beschwerten sich noch einige Kollegen über den schlechten Besuch der Versammlung und über die Bauheit der Kollegen im Allgemeinen. Nachdem sich noch einige Redner ebenfalls für Fachzentralisation ausgesprochen haben, folgt die Beratung über den Lohnstarif und die Arbeit hier am Orte. Es wird hervorgehoben, daß betreffs der Werkstätten-Organisation noch bedeutend kräftiger agitiert werden müsse, da in verschiedenen Werkstätten der Minimallohn noch nicht durchgehend eingeführt sei; auch wäre es dadurch den Meistern möglich, die sogenannten Schunbarbeiten auf den Neubauten zu liefern. Auch die Meister müssen sich vereinigen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei dringend notwendig, da zu jeder Jahreszeit überflüssige Arbeitskräfte vorhanden sind.

**Metall-Arbeiter.**

**Jugoburg.** In der am 8. November abgehaltenen Metallarbeiter-Versammlung wurde die Wahl eines Vertrauensmannes vorgenommen und als solcher Joseph Seigler, Oberhausen b. Jugoburg, untere Gartenstraße 273, gewählt.

**Berlin.** Am 19. November hielten die hiesigen Metallarbeiter in den Armin-Hallen eine öffentliche Versammlung ab. Als erster Punkt stand zur Tagesordnung die Wahl eines Vertrauensmannes nebst Stellvertreter für die Metallarbeiter Berlins. In zwei vorhergegangenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlungen war eine Reiner-Kommission gewählt worden, welche beauftragt worden war, Personen für oben genannte Posten ausfindig zu machen und dementsprechende Vorschläge zu machen. Namens der Kommission brachte Kollege Litfin als Kommissionsmitglied den Kollegen Fris Günther für den Süden und den Kollegen Benzner für den Norden in Vorschlag, über welche die Kommission sich einig geworden sei. Kollege Benzner protestierte gegen diesen Vorschlag, da seiner Meinung nach keine Kommissionsmitglieder stattgefunden habe. Von anderen Kommissionsmitgliedern wurde dagegen konstatiert, daß zwei Kommissions-Sitzungen stattgefunden haben und es wurde der Versammlung angeheimgestellt, eventuell andere Vorschläge zu machen. Derartige Vorschläge wurden indessen nicht gemacht, und da die beiden in Vorschlag gebrachten Kollegen eine eventuelle Wahl anzunehmen gewillt waren, so wurden dieselben einstimmig gewählt und wurde der Metallarbeitern Berlins betrugend an's Herz gelegt, mit allen Kräften hinter den Vertrauensmännern zu stehen. Besonders beachtete Kollege Gerisch die Neuernung des Markenvertriebes gegenüber dem bisher gebräuchlichen Sammeln auf Bismarck, welches zwar unschätzbare Vortheile hatte, mit dem aber wegen der zu Tage getretenen Unzu-

trüglichkeiten gebrochen werden mußte. Redner empfahl das Prinzip der Selbstbeschaffung auch in Bezug auf die Marken-sammlungen zu wahren Geltung gelangen zu lassen und die umfassende Beteiligung an denselben. — Zum Punkt 2 der Tagesordnung erstattete Kollege Gerisch Bericht über die Tätigkeit der Berliner Streik-Kontrollkommission, so lange er Mitglied derselben war. Er und Kollege Kurza ist in den Vorstand des Allgemeinen Metallarbeiter-Vereins gewählt worden, und um allen Eventualitäten zu entgegen, haben dieselben ihr Mandat als Delegierte zur Berliner Streik-Kontrollkommission niedergelegt und sind an ihrer Stelle bereits Neuwahlen vollzogen worden. Ueber die Beschlüsse der Berliner Streik-Kontrollkommission ist an anderen Stellen regelmäßig berichtet worden. Redner erklärte zwar an, daß die Streik-Kontrollkommission noch nicht auf der Höhe der Vollkommenheit steht. Die überaus zahlreich Vertretung aller Branchen in derselben sei ein Hindernis für die richtige Entfaltung der Tätigkeit der Kommission. Werbe es erst dahin gebracht sein, daß nur die Gewerkschaften, nicht auch die einzelnen Branchen derselben in der Kommission vertreten sind, so würde dieselbe das augenblicklich Vollkommene darstellen, was sich schaffen lasse und Redner machte es allen Kollegen zur Pflicht, die Beschlüsse der Kommission zu respektieren und die Kommission ausbauen zu helfen. Auch sprach er den Wunsch aus, daß die Berliner Streik-Kontrollkommission in Zukunft etwas vorsichtiger verfare in Bezug auf die Beweiltigung von Streiks an kleinere Gewerkschaften beziehungsweise Branchen, die jeder Zeit auf dem Plane erscheinen und dadurch andere verhindern, auch einmal etwas für sich zu schaffen. Ebenfalls konnte er sich nicht befreunden mit dem Beschlusse in Bezug auf die Keller. Es sei erklärlich, daß die jungen Gewerkschaften, die hinter anderen zurück seien, mit Feuerreifer danach streben, das Verjämte nachzuholen. Doch sei dies nicht immer angebracht und überdies könne die Kellerfrage sehr leicht einen Konflikt mit den Lokalbestimmern hervorrufen. Kollege Stabernack befuhrortete seinerseits die Beschlüsse der Berliner Streik-Kontrollkommission, während Kollege Hartmann in Bezug auf die Keller der Ansicht des Kollegen Gerisch war und die Ansicht vertrat, daß durch derlei Zwangsmittel keine Überzeugungstreue Gewonnen, vielmehr nur Ballast für die Organisationen geschaffen werden würde. Dennoch beantragte er, sich mit den gefassten Beschlüssen der Berliner Streik-Kontrollkommission einverstanden zu erklären und denselben nach Kräften Geltung zu verschaffen. Der Antrag Hartmann gelangte einstimmig zur Annahme. Des Weiteren vollzog die Versammlung die Wahl von Delegierten zu dem am Sonntag, den 28. Dezember dieses Jahres, in Berlin stattfindenden Delegiertentage der Metallarbeiter Brandenburgs. Die notwendigen Erläuterungen hierzu gab Kollege Gerisch. Hauptzweck des Delegiertentages soll es sein, die Kollegen der Provinz zur Mitthätigkeit heranzuziehen; auch sollen auf denselben hochwichtige Fragen, wie Arbeitsnachweis, Herbergswesen, Reiseunterstützung und dergleichen mehr geregelt werden, zu welchen Stellung zu nehmen auch den Berliner Delegierten eine unumstößliche Pflicht sei. Redner empfahl eine rege Agitation für diesen Provinzialtag namentlich in der Provinz Brandenburg. Kollege Hartmann beantragte die Wahl von sechs Delegierten. Die Versammlung beschloß demgemäß und wählte die Kollegen Benzner, Günther, Gerisch, Klein, Litfin und Hartmann. Nachdem gelangte auch die Arbeitsbeeinstellung in der Wuppertal'schen Fabrik zur Besprechung, die wegen der Handlungswelke des Fabrikanten den Arbeitern gegenüber erfolgt ist. Die Versammlung war der Meinung, daß in dieser Angelegenheit nichts zu machen sei, daß die Sperre nicht aufrecht erhalten werden könne, und daß die dortigen Kollegen nicht korrekt gehandelt haben, indem sie eigenmächtig die Sperre beschlossen, ein Beschluß, der gänzlich hinfällig sei.

**Bamberg.** Wenn wir die Spalten der „Metallarbeiter-Zeitung“ in Anspruch nehmen, so geschieht es, um den Kollegen ein Zeichen zu geben, daß wir nicht schlafen, sondern alles Mögliche thun, um die Organisation zu fördern. Was uns zwar in Bamberg sehr hart gemacht wird, theils durch den großen Wechsel und dadurch, daß die besten Kräfte der elektro-technischen Fabrik (die Wuppertal) abgereift sind. Und was am Wesentlichsten dazu beiträgt, ist die Interessenlosigkeit der hiesigen Arbeiter insgesamt. Dazu kommt die Furcht vor Nachregelung und zudem ist jetzt in den meisten Werkstätten die 10- bzw. 10 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. Jetzt glaubt man den Fachvereinen nicht mehr zu brauchen. Wir werden aber trotzdem Alles aufbieten und fest agieren, um die Kollegen an uns heranzuziehen. — Das Vereinstokal befindet sich in der Wirklichkeit

zum Klosterhof, Weide Nr. 2. Alle Sendungen sind an unseren 1. Vorsitzenden, Ph. Winkler, Schlosser, Färbergasse Nr. 8, zu richten. Reiseunterstützung kann noch nicht verabsolgt werden, weil die Kasse noch viel zu schwach ist.

**Fachverein a. M.** Der Fachverein der Metallarbeiter hielt am 16. November seine vierteljährliche Generalversammlung ab. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Kassier Bericht über das abgelaufene Quartal. Als neue Revisoren wurden die Kollegen Göbde und Drechsler gewählt. Sodann machte der Vorsitzende bekannt, daß das Mitglied Frick aus dem Verein ausgetreten sei, sich aber nicht verpflichtet habe, die Metallarbeiterzeitung für das laufende Quartal zu bezahlen. Kollege Wuth bemerkt, er halte es für Ehrensache eines jeden Mitgliedes, seiner Verpflichtung in Bezug auf das Fachorgan nachzukommen. Um dem Verein in Zukunft vor Schaden zu bewahren, wird folgender Antrag einstimmig angenommen: „Ein jedes Mitglied ist verpflichtet, den einmütigen Beitrag des Abonnementgeldes beim Kassierer sofort zu entrichten, die laufenden Abonnementgelder werden die Woche mit 5 Pf. erhoben“. Sodann wurde lebhaft besprochen, daß die meisten hiesigen Metallarbeiter dem Verein noch fernstehen. Kollege Göbde glaubt, hierzu sei hauptsächlich der hier bestehende „Verein Arbeiterjugend“ schuld, viele Metallarbeiter seien dort eingetreten. Kollege Wuth tritt dieser Ansicht entgegen und behauptet, daß man eine Organisation anstreife, deren Existenz und Dinge notwendig sei. Der Verein „Arbeiterjugend“ sei mehr ein politischer Verein und lehne sich nicht mit Gewerkschaften, beide Vereine trennen für die Verweigerung unserer Lage ein und bitten sich auch nicht bekämpfen. Es müsse in Zukunft von Seiten des Fachvereins nicht gearbeitet werden, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Er stelle den Antrag, so bald als möglich eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abzuhalten dieses Vorhaben werde dem Verein schon Mitglieder zuführen. Der Vorsitzende schließt sich diesen Ausführungen an und übernimmt die Einberufung einer öffentlichen Versammlung. Dann wurde noch der Beschluß gefaßt, die Beiträge von jetzt ab alle vierzehn Tage zu erheben.

**Yena.** Am 6. November fand hier eine vorbereitende Versammlung statt und am 15. November hat sich alsdann ein Metallarbeiterverein konstituiert. Der Anfang ist gut zu nennen, es zählt der Verein bis jetzt zum Verdruss der „eisen“ Gewerkschafter, ca. 30 Mitglieder. Hoffentlich wird es hier gut werden. Es fehlt aber leider hier auch nicht an indifferenten Arbeitern. Es wurden in den Vorstand gewählt: Ernst Wurmsee, 1. Vorsitzender, Hermann Schaal, 2. Vors.; Martin Herz und Köhler, Kassierer; Max Hiller und Karl Welgei, Schriftführer; Fr. Kunze und Frankfurter, Revisoren.

**Kaiserslautern.** Die „Humanität“ der Firma Gedr. Pfeiffer, Maschinenfabrik vor noch nicht langer Zeit, am 30. August d. J., wurde das Substrat des 25jährigen Bestehens der Fabrik durch Fackelzug z. z. gefeiert. Da würde die „Humanität“ des Establishments in allen Zirkungen in die Welt hinausposaunt. — Auch jetzt zeigt sich im wahren Sinn des Wortes der Wolf im Schafspelz. Am 18. Oktober bekam ein Arbeiter neben seiner Auszahlung die überraschende Mittheilung: „Wegen nicht genügender Beschäftigung für Ihnen, kündigt ich Ihnen hierdurch auf heute in 2 Wochen die Arbeit. Braun, Kaiserslautern, 18. Oktober 1890.“ Natürlich reichte der Arbeiter Beschwörung ein und zwar bei Direktor Kessler, da während der vorhergegangenen Wochen 2 Mann eingestellt wurden und in der „kritischen“ Woche auch 2 Mann. Am anderen Morgen, Dienstag, holte sich der Arbeiter die Antwort, dieselbe lautete: „Die Kündigung wegen nicht genügender Beschäftigung wäre rückfällige, aber doch bleibt die Kündigung in Gültigkeit“. Jetzt wollte der Arbeiter die Gründe von Herrn Direktor Kessler wissen und gab derselbe dann zur Antwort: wir sind nicht verpflichtet, dieselben anzugeben. Da der Arbeiter sich nicht bewußt war, daß er sich je das Geringste habe zu Schulden kommen lassen, äußerte er, daß es doch nicht schon sei, einen Arbeiter einseitig zu verurtheilen, würde er den Grund wissen, könnte er sich verteidigen. Der Arbeiter suchte nun beim Meister den Grund der Kündigung zu erfahren. Nach 1/2 stündiger Unterredung machte dieser einige Andeutungen: Der Herr Werkrechner hätte ihn (den Arbeiter) beim Herrn Direktor Kessler „eingehauen“, ihm mitgeteilt, daß er ein Mitglied der Sozialdemokraten sei. Weiterer Kommentator zur „Humanität“ überflüssig.

**Magdeburg.** In der 18. November in Reich's Establishement einberufenen Metallarbeiter-Versammlung referierte R. Breders-Münzberg. Redner gab zunächst in ebenso knapp als verständlich gehaltenen Ausführungen ein recht anschauliches Bild von dem Entwicklungsgange, den das Organisationswesen von den ersten Anfängen der

Gilden und Zünfte bis in die neueste Zeit erfahren, schilderte dann die unüberbrückbare Kluft, welche der Kapitalismus und die Großproduktion zwischen den Interessen der Arbeiter und denen der Unternehmerr geschaffen habe und geht dann zu der eigentlichen Kernfrage des Abends über: Wie organisierten wir uns? Die verschiedenen Formen der Organisation berühren, entscheidet sich Redner für die zentralistische Organisation aller Metallarbeiter. Schon der 1884 in Gera tagende Kongreß deutscher Metallarbeiter habe eine solche Zentralisation geschaffen, welche trotz ihres gewaltsamen Todes wenige Monate nach ihrem Zustandekommen zerlegt habe, daß die zentralistische Organisationsform sich im Kampfe gegen Verdrillungen gewerkschaftlicher Art am besten bewähre. Die rücksichtslose Handhabung und wunderbare Auslegung des Ausnahmeseßes habe dann die Zentralisation organisirter Gewerkschaftsvereine schier unmöglich gemacht. Nachdem nunmehr das Sozialistengesetz gefallen, sei die Anstrengung einer zentralistischen Organisation um so mehr geboten, als neuerdings von den vereinigten Unternehmern ein rücksichtsloser Offensivkampf gegen Alles, was wie Organisation aussehend sei, welchem wirksam zu begegnen nur durch zentralistische Arbeiterverbände im Stande seien. Gerichtsprüfungsfähig sei von den Unternehmern nie zu erwarten, jede auch die allerbescheidenste Forderung werde von den Unternehmern als ungerechtfertigt bezeichnet und selbst in Fällen, wo zweifellos feststände, daß die Ausbesserung der Löhne im Interesse der Erhaltung der Arbeiter als Mittel geboten sei, habe man stets die obere Antwort: Die Forderung ist ungerechtfertigt. Selbst die Tatsache, daß den Verbänden der Arbeitgeber bei ihrem „Inverbindungstreten“ Berufserklärungen und Gesetzesverletzungen aller Art ein unendliches weiter Spielraum gelassen sei, wie uns den so monströs beobachteten und behandelten Arbeitern, sei kein triftiger Grund, die Organisationspflicht abzuschütteln, sondern müsse im Gegentheil anfeuernd auf jeden Menschen wirken, der sich noch ein Fünkchen Ehre und Solidaritätsgefühl bewahrt habe. Wer wolle leugnen, daß in Gefängnissen und Zuchthäusern die Lebensnahrung eine weit bessere sei, wie sie unglückliche fleißigere Arbeiter leisten könnten. Welchem Grob der Metallarbeiter könne von einer menschenwürdigen Stellung nicht mehr die Rede sein. Einzelne Ausnahmen bestätigen nur die Regel und dann bildet gerade für diese Ausnahmen die materielle Besserstellung die schwerste Gefahr für die Charakterreinheit des ausnahmsweise besser situirten. Der enge Zusammenschluß mit seinen Kollegen in der Organisation lege diesem Theile der Arbeiter mit ihrer Besserstellung auch vermehrte Pflichten auf, und das geistige Band, welches ihn mit seinen Genossen verbinde, sei wiederum ein sicheres Schutzmittel gegen die Peinlichkeit und Liebedienerei, welche sich leider schon gar zu tief in manche Kreise dieser Duhnen um Fabrikantengunst eingeschlichen habe. — Hiernach nimmt zum 2. Punkt der Tagesordnung „Resultate der Berliner Gewerkschaftskonferenz“ der Vertrauensmann der deutschen Kampfer, Reichstagsabgeordneter Wegger-Hamburg, das Wort. Es sei wohl allgemein bekannt, daß im August d. J. die Vertrauensleute der deutschen Gewerkschaften vor die Frage gestellt waren, ob es nicht angezeit sei, unter den Vertretern der Organisationen aller Branchen und Berufe eine Beprechung anzubahnen, welche die Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften zu Vorparlamenten, wie sie die jüngsten Hamburger Kämpfe darstellten, in Erwägung ziehen sollten. Dieser angeregte Gedanke habe sich im Umfassen aller Köpfe bemächtigt und zunächst den Vorschlag gestellt, gleich nach dem Parteitag in Halle, die Sache in demselben Orte zu erledigen. Aus gewissen Gründen habe man aber von Halle Abstand genommen und sich für Berlin entschieden. Am 16. November sei diese Gewerkschaftskonferenz unter Beteiligung von 79 Personen, worunter sich 9 Frauen befanden, zusammengetreten. Das vollständig neue Arbeitsgebiet und die vielseitige Gesellschabung, welche so viele und vielerlei neue Rücksichtnahmen erfordere, habe natürlich zunächst den Verhandlungen ein ziemlich verworrenes Gespräch gegeben, welche durch die verschiedenen Anschauungen, die über diese neue Organisationsfrage aufstauten noch komplizirter wurden. Sehr bald aber einigte man sich dahin, daß gegenüber solchen Zerstückelungsmitteln, wie sie das Hamburger Kapital gegen die Organisationen in's Treffen geführt habe, die Notwendigkeit sich geltend mache, alle Gewerkschafts-Organisationen in eine gemeinsame Spitze auslaufen zu lassen, welche den Kopf der gewerkschaftlichen Organisationsmacht bilde. Nach dem Dafürhalten der Konferenzbeschlüsse, sollten sich die einzelnen Industrie-Gruppen, als Metallindustrie, Holzindustrie, Lederindustrie, die Arbeiter der gesamten Textilbranche, Buchdrucker und verwandte

Berufe u. s. w. zu gemeinsamen zentralistisch organisierten Verbänden organisieren, deren Sitzungen dann wieder eine oberste Instanz zu bilden hätten, womit das Ideal der Vereinigung aller Gewerkschaften zu einem einzigen großen Ganzen erreicht sei, zu erfolgreichem Aktiven fähig und allein im Stande den neuerlichen Anstürmen auf das Koalitionsrecht der Arbeiter die Spitze abzugeben. Denn das sei jedem Arbeiter klar, daß gelegentlich der Hamburger Ereignisse nicht etwa nur die aufgestellten Forderungen der verschiedenen Gewerkschaften hätten zurückgewiesen werden sollen, sondern, daß es in der Hauptsache darauf angekommen sei, die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen zum Austritt aus den letzteren zu zwingen, um so die wenigen Rechte, welche durch das Gesetz, wenigstens auf dem Papiere noch garantiert seien, durch das seitens des vereinigten Kapitals in Anwendung gebrachte Ausbesserungssystem zu Schanden zu machen. Diese unzulässige Thatsache, welche namentlich von den Freisinnigen aufs Heftigste bestritten sei, beweist Redner dann an offenkundigen Beispielen, welche sich besonders in Hamburg abgepielt haben. Redner bringt dann die von der Konferenz angenommene Resolution, welche sich mit dem zum nächsten Frühjahr einzuberufenden Allgemeinen Gewerkschaftskongresse beschäftigt und die Stellungnahme der Konferenzteilnehmer zu den einzelnen Punkten der zu schaffenden Gewerkschaftsunion genau präzisieren, zur Vorlesung und schließt, indem er die Hoffnung ausdrückt, nunmehr die Magdeburger Metallarbeiter recht bald in vollster Tätigkeit zu sehen. Günstig hält die zentralistische Organisation der einzelnen Gewerkschaften für nicht so zweckmäßig und aktionsfähig wie lokale Organisationen, welche alle Arbeiter in ihren Reihen vereinigen und neben der gewerkschaftlichen Belehrung der im Vordergrund stehenden politischen Agitation weit mehr zum Nutzen gereichen könne. Fragen rein gewerkschaftlicher Natur würden dann ihre Erledigung am Besten in zu wählenden Lokalkommissionen finden. Hauptsache bleibe die breite Masse zum Eintritt in die lokalen Organisationen mit politischem Charakter zusammenzubringen. Daß dies bisher nicht in dem erwünschten Maße geschehe, sei lediglich Schuld der Schwärmer für Branchenorganisationen und deren Führer. Nachdem Dankau den Günstigen Ausführungen in verschiedenen Punkten entgegengetreten und nicht ohne mehr letzterer Meinung beigetreten war, unterstützte Meßger die Dankau'schen Ausführungen, worauf nachstehender Antrag Richter zur Diskussion gestellt und angenommen wurde: „Die Versammlung möge beschließen, den Vorständen der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen zu empfehlen, alle ihre sich zu solchen Amt qualifizierenden Mitglieder mit Mitgliedsbüchern und Marken zu versehen, um hiermit ausgedrückt in den Fabriken und Betriebsstätten aller Art der Organisation neue Mitglieder zuzuführen. Die Erfolge werden von Monat zu Monat in der „Volksstimme“ veröffentlicht.“ Die Versammlung wählte abdann in der Person des Genossen Nischke einen Vertreter der Metallarbeiter in die Generalkommission und beschloß, die Wahl des zweiten Mitgliedes in einer demnächst stattfindenden Versammlung vorzunehmen.

**Remscheid, 16. November.** Der Metallarbeiter-Fachverein hielt am 9. November im Vereinslokal Generalversammlung ab. Die Quartaleinnahme war M 250,15, die Ausgabe M 230,20, Ueberschuß M 19,95. Der Kassier behauptete, daß die Mitglieder ihren Verpflichtungen nicht regelmäßig nachkämen, daher die Skamität. Am Anfang des Quartals hätten die Verhältnisse, wie bekannt, noch trauriger gestanden, sich aber in der letzten Zeit doch gebessert. Da die für den 26. Oktober angesagte Generalversammlung ausgefallen, weil der Sozialwirth das Lokal anderweitig vergeben hatte, werden die Revisoren in der nächsten Versammlung über die Nichtigkeit der Kasse und Bücher Bericht erstatten. Zu Punkt 2 berichtete Kollege Hatten, daß das Stiftungsfest wegen Mangel an Lokal und sonstiger Zwischenfälle in diesem Jahre nicht mehr stattfinden könne. Es wurde daher beschloffen, dasselbe auf den 3. Sonntag im Januar nächsten Jahres zu verlegen. Bei Punkt 3, Abschluß der sämtlichen Mitglieder, wurden bei Verlesung der Namen die Anwesenden aufmerksam gemacht, im Falle einer Freunde oder Nebenarbeiter unter den Verlesenen habe, dieselben nochmals aufzurufen, und wurde die definitive Ausschließung bis zur nächsten Versammlung vertagt. Bei Verlesenen machte Kollege Graf bekannt, daß ein Mitglied erkrankt und unterstützungsbedürftig sei. Es wurde vorläufig bemerkt, daß in der heutigen Versammlung durch die Sammelbüchse eingegangene Geld im Betrage von 6 M überwiesen, dagegen in zwei vorhergegangenen Versammlungen eingegangene von M 2,70 und 3,50 an die Streikasse der hiesigen Dachdecker überwiesen. Ein Antrag des Kollegen Bärren auf Wahl einer Kontrollkommission

der erkrankten Mitglieder wurde abgelehnt. Einem Antrag auf Errichtung von Sammelstellen für geleasene Fachzeitschriften wurde stattgegeben und meldeten sich freiwillig die Kollegen Alb. Bange, Freiheitstr. 4, Lucius Bärren, Alexanderstr. 10, und Max Michael, Bliebinghausen. Den Kollegen wurde an's Herz gelegt, die geleasenen Zeitungen nicht umherzuwerfen oder zu vernichten, sondern dieselben entweder in die Wohnungen der bezeichneten Kollegen oder mit in die Versammlungen zu bringen. — Wir möchten die sämtlichen Mitglieder nochmals auf den Beschluß vom 14. September aufmerksam machen, wonach diejenigen, welche 8 Wochen mit ihren Beiträgen restieren, keine Zeitungen mehr zugestellt erhalten, und nach Verlauf von weiteren 5 Wochen (und nicht wie es irrthümlicher Weise in dem Vereinsorgan berichtet wurde, nach 8 Wochen) aus der Liste gestrichen werden. Wir müssen immer wieder die Mahnung an die Säumigen richten, daß sie, da sie wohl die Rechte des Vereins ausüben, deswegen auch moralisch verpflichtet sind, die Pflichten des Vereins zu tragen.

**Thale u. Harz, Sonntag, den 16. November,** fand im Saale des Herrn Gans eine sehr gut besuchte Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Gründung einer freien Hilfskassen-Vereinigung.“ Als Referent war der Bevollmächtigte der Filiale Queblinburg, Herr Gustav Menz, eingeladen und auch erschienen. Derselbe erläuterte den großen Vorthell der freien Hilfskassen gegenüber allen Zwangskassen und führte sehr gute Beispiele an, welchen die Anwesenden gespanntes Gehör schenkten. Auch betonte derselbe die gute Fundation der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter E. P. 29 und der Central-Kranken- und Sterbekasse „Vulkan“, E. P. 89, und lud zum zahlreichen Beitritt in diese Kranken- und Sterbekassen ein. Es ließen sich sogleich 21 Mitglieder aufnehmen. Zur brillanten Verwaltung wurden gewählt: Heinz, Wries, Bevollmächtigter, Sägemühle Nr. 3, Herrn. Weber, Kassier, Kolonie, Haase, Gasker und Nebenstahl, Revisoren.

**Rohrleger.**

**Berlin.** Die halbjährliche Generalversammlung des Fachvereins fand am 18. November unter Vorsitz des Kollegen Redner in Feuerstein's Salon statt. Die Tagesordnung lautete: 1) Anträge. 2) Kassenbericht. 3) Bericht über den Arbeitsnachweis. 4) Vorstandswahl. 5) Verschiedenes. Zu Punkt 1 berichtete Kollege Karpenkiel über die von der Statutenberathungskommission vorgenommenen Änderungen der Vereinsstatuten. Der Vorsitzende stellte hierauf die geänderten Paragraphen zur Diskussion. Der Verein erhält die Bezeichnung „Fachverein der Gas-, Wasser-, Heizungsrohrleger und Gehilfen“, statt wie früher „Berufsgenossen“. Ferner kommt § 1 ad 6 in Wegfall, „religiöse und politische Angelegenheiten sind im Verein nicht zu erörtern.“ Hierzu kommt: „wer 6 Wochen mit Beiträgen restiert, verliert Anspruch auf die Metallarbeiter-Zeitung; bei 12 wöchentlichem Rückstand seine Mitgliedschaft.“ Die einzelnen Änderungen wurden speziell durchberathen und zum größten Theil, wie von der Kommission vorgeschlagen, angenommen. Ueber das Gesamtstatut fand keine Abstimmung statt, da man erst die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses abwarten will; alsdann sollen weitere Beschlüsse gefaßt werden und dann eventuell dasselbe in Kraft treten. Zu Punkt 2 gab der Kassier, Kollege Krebs, die Abrechnung. Die Einnahmen des letzten Quartals betragen inklusive Bestand von voriger Abrechnung M 131,05, Ausgaben M 86,10, bleibt ein Bestand von M 44,95. Die Gesamtsjahres-einnahme betrug M 512,85, die Ausgaben M 467,90. Nachdem die Revisoren erklärt, Kasse und Bücher in Ordnung befunden zu haben, wurde der Kassier entlassen. Den Bericht über den Arbeitsnachweis erstattete Kollege Ratschera zur Zufriedenheit der Mitglieder; derselbe ersuchte noch, daß die vom Arbeitsnachweis Beschäftigung erhaltenden Kollegen bei angemessener Arbeit dieses sofort dem Arbeits-Nachweiser mittheilen sollen. An Stelle der ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden gewählt: zum 2. Vorsitzenden Oskar Flicus, 1. Kassier Rigmann, 1. Schriftf. Kischel, 2. Schriftf. Gurtzke, und zu Kommissionsmitgliedern Schulz, Emil Tolsdorf und Gustav Biele. Punkt 5 wurde der vorgeschickten Zeit wegen auf Antrag von der Tagesordnung abgesetzt und darauf die Versammlung geschlossen.

**Schlosser u. Maschinenbauer.**

**Berlin.** Die Schlosser und Maschinenbauer Berlins und Umgegend hielten am 17. November im Jodel'schen Saale eine öffentliche Versammlung ab behufs Besprechung der Organisationsfrage. Den einleitenden Vortrag hielt Kollege Karl Dreder aus Nürnberg. Derselbe hatte sich die Aufgabe gestellt, zu zeigen, daß die bisherigen Gewerkschafts-Organisationen den heutigen Verhältnissen nicht mehr genügen

und demzufolge einer Umgestaltung bedürfen, wiewohl auch nicht zu verkennen sei, daß namentlich die deutschen Metallarbeiter gerade durch ihre lokalen Organisationsversuche geübt hätten, und klar zu legen, wie die gewerkschaftlichen Organisationen fernerhin zu gestalten seien. Redner vertrat zunächst den Standpunkt, daß die Politik gänzlich aus der Gewerkschaftsbewegung, aus den fachgewerblichen Organisationen zu verbannen sei und diesen nur die rein gewerkschaftlichen Fragen zu behandeln vorbehalten bleiben solle. Bezüglich der zu wählenden Organisationsform der Metallarbeiter vertrat Redner die Bildung von Unionen, d. h. Verbänden auf zentralistischer Basis, welche alle Fächer der Metallarbeiter-Branchen in sich schließen, unter Vermittelung aller sog. „Branchenorganisationen“ als „Selbsterpflanzungs-Instituten“ und bestürmte die Gründung einer „Allgemeinen Metallarbeiter-Vereinigung“, welche über kurz oder lang vollzogen werden würde. Auch hielt Referent eine Erhöhung der Beiträge für unbedingt nötig, um die Organisation leistungsfähig zu gestalten. Die Frage der Reiseunterstützung hielt Redner allein für lösbar durch eine allgemeine Metallarbeiter-Vereinigung auf zentralistischer Grundlage und empfahl derselbe weiter den Anschluß an eine derartige Vereinigung, so bald eine solche geschaffen sein würde, welche nicht absolut die Auflösung der bestehenden Fach- und Lokalorganisationen bedinge. Dieselben könnten in „Filialen“ oder „Sektionen“ u. dergleichen umgewandelt werden, hätten aber einer Zentralverwaltung zu unterstehen. Den Ausführungen des Referenten wurde lebhafter Beifall gezollt. Hierauf nahm Kollege Diederich aus Hamburg das Wort, um darzulegen, daß, um zur allgemeinen Metallarbeiter-Union zu gelangen, vorerst die Fachorganisation erforderlich, zu empfehlen und zu pflegen sei. — Kollege Wierich entwickelte seinerseits gewichtige Bedenken gegen die beiden vorher empfohlenen und bestürmten Organisationsformen und hielt die lokalen allgemeinen Metallarbeiter-Vereine für das vorläufig Erreichbare und besonders für Berlin zu empfehlende, wiewohl er prinzipiell vollständig auf dem Boden der Zentralisation stand. Doch hielt er dafür, daß unter den heute maßgebenden Verhältnissen die Zentralorganisation nur Angstprodukte sein würden. Allerdings hielt Redner örtliche oder Lokalorganisationen für unbedingt notwendig und bezeichnete diese als die Bausteine für die zu erstrebenden echten und rechten Zentralorganisationen. Kollege Hartmann stand wesentlich auf dem Boden des Vorredners, ebenso andere Redner in der Diskussion, in welcher die verschiedenen geltend gemachten Standpunkte von den resp. Vertretern noch weiter lebhaft verteidigt wurden. — Zum Dritten stand die Wahl der Delegirten zu dem am 28. Dezember d. J. stattfindenden Provinzial-Delegirtenkongress auf der Tagesordnung. Die Versammlung beschloß, zwei Delegirte zu entsenden und wählte als solche die Kollegen Pöhl und Wehge.

**Breslau.** Der Fachverein der Schlosser Maschinenbauer und verw. Berufsgenossen hielt am 15. November im Pariser Garten (Gastalon) seine 2. Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1) Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme von Beiträgen. 2) Kassenlegung des Kassiers. 3) Verschiedenes. Nachdem die ersten beiden Punkte der Tagesordnung erledigt, entspann sich eine lebhafte Debatte beim 3. Punkt. Es wurde zunächst der Mitglieder gebacht, die durch das ungerechtfertigte plötzliche Entlassen aus der Schraubenfabrik von Archimedes brodblos geworden sind, und wurde beschloffen, diejenigen, welche ein halbes Jahr Mitglied sind, mit 10 M und diejenigen, welche wenigstens 14 Tage vor der Entlassung Mitglied geworden sind, mit 5 M zu unterstützen und einem Mitglied in dieser Angelegenheit Rechtschutz zu gewähren. Hierbei kritisirten mehrere scharf das Verhalten der Beamten in der Schraubenfabrik, und wurde betont, daß ein derartiges Spielchen mit Existenzen nicht vorkommen könnte, wenn die Breslauer Metallarbeiter sich fester im Fachverein organisierten. Auch wurde die Frage gestellt, wo da die vielgepriesene Hirsch-Duncker'sche Harmonie zwischen Kapital und Arbeit bleibt, und wurde letzteres als leere Phrase bezeichnet. Nachdem noch beschloffen wurde, vorläufig für 40 M Bücher anzuschaffen zu einer Bibliothek, ein Winterbergnutzen zu veranstalten, die Vereinsangelegenheiten nur in der „Schlesischen Volkswoche“ und in der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt zu machen, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen kräftigen Loh auf den Verein geschlossen.

**Schläger.**

**Nürnberg.** (Fachverein des Metall-schlägergewerbes.) In der am 10. November abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurden Kollege Adolf Gahn als

1. Vorsitzender, Friedr. Lorenz als 2. Vors., Joh. Schreiber als Schriftführer, Michael Schenker als Revisor, Ulrich Serbegen als Revisor neu gewählt. — Jeder fremde zureisende Kollege, welcher mindestens 13 Wochen einem Fachverein angehört und sich richtig abgemeldet hat, erhält eine Unterstützung von 1 M bei Kollege J. Sandhoffer, Mögelbörferstraße 31. — Die Adresse des 1. Vorsitzenden ist von jetzt an: Adolf Gahn, Schlegelingerstraße 26.

**Zinngießer.**

**München.** Am 15. November fand unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, welche zahlreich besucht war. Erwähnenswert aus derselben ist die Wahl von sogenannten Werkstätten-Delegirten für die größeren Werkstätten. Außerdem der Vortrag des Kollegen Klein über die Verhältnisse unserer Kollegen in Hohenhausen. Derselbe berichtete unter Anderem, daß dieselben sich unserer Organisation anschließen möchten. Wir können ihnen hiermit antworten, daß solches nach dem hayer. Vereinsgesetz nicht gestattet ist, jedoch fordern wir dieselben auf, selbst einen Fachverein in's Leben zu rufen. Auf unsere Unterstützung können sie rechnen. Zum Schluß empfahl der Vorsitzende die obligatorische Einführung der „Metallarbeiter-Zeitung“, und wurden keine Ausführungen beifällig aufgenommen, so daß wir hoffen, bis Neujahr diese Anregung verwirklichen zu können.

**Nürnberg.** In der Versammlung des Zinngießervereins am 10. November wurde, nachdem Näheres über eine am 2. Weihnachtstages abzuhaltenen Christbaumverlosung ausgemacht war, der Antrag gestellt, ein Schreiben an die Herren Meister abgehen zu lassen, daß, wenn keine Arbeit vorhanden, sie eine Marke an den betreffenden Kollegen zu verabsorgen hätten; ferner wurde noch beschloffen, durchreisenden Kollegen, welche einem Fachverein angehört haben, eine Unterstützung von M 1,50 zu gewähren, und solchen, welche einem Metallarbeiterverein angehört haben, das ganze Geschenk auszugeben. Neu aufgenommen wurden Adolf Müller und Arno Bratschneider; beigetreten sind G. Kotsangel und Stoll, welche hier wieder in Arbeit stehen.

**Feilenhauer.**

**Die Aussperrung der Kollegen in Hamburg-Altona dauert fort. Zuzug fernhalten.**

**Parteigenossen!**

Saut Beschluß des Parteitages in Halle ist zum Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei das „Berliner Volksblatt“, welches mit dem 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt führen wird, bestimmt.

Wir wissen nun sehr wohl, daß es nicht möglich sein wird, daß unsere Genossen, welche meist einfache Arbeiter sind, auf ein täglich erscheinendes Berliner Blatt abonnieren können. Dazu fehlt ihnen sowohl die Zeit, um ein solches Blatt zu lesen, als auch das Geld zum Abonnieren.

Wenn aber auch die Gesamtheit das Blatt nicht lesen kann, in einem oder einigen Exemplaren sollte dasselbe doch in jedem Orte, wo wir Parteigenossen haben, gelesen werden.

Wie das zu erreichen ist, das mögen die Genossen selbst unter sich berathen. Vielleicht empfiehlt es sich, daß der Vertrauensmann das Blatt hält, oder daß der Wirth, bei dem die Versammlungen stattfinden, das Blatt auszugeben hat.

Auf alle Fälle sollte kein Ort sein, an dem unser Zentral-Organ nicht anzutreffen ist.

Daß außerdem unsere Genossen die lokale Parteipresse unterstützen sollen und werden, ist selbstverständlich.

Das „Berliner Volksblatt“ kostet durch die Post bezogen M 3,30 pro Quartal, und ist dasselbe in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag, eingetragen.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Der Parteivorstand.

**An die Metall-Arbeiter der Provinz Westfalen.**

Kollegen! In unserer Provinz sieht es sehr schlecht aus in Bezug auf Agitation sowohl wie in Bezug auf Unterstützungs-zweck. Im Ganzen existiren in der Provinz 12 bis 13 Vereine, darunter 7 Formvereinigungen. Ich ersuche insbesondere letztere, sich an mich zu wenden, da ich im Besitze von Agitations- sowohl wie Unterstützungs-

arten und -Marken hin, und bitte ich die Kollegen, für zählreichen Absatz zu sorgen, denn wie Ihr wisst, ist ohne Geld keine Aktion möglich, die gerade hier in dem industriereichen Westfalen so dringend nötig ist. Kollegen, wendet Euch vertrauensvoll an mich, damit wir Hand in Hand vorwärts marschieren.

Mit kollegialem Gruß!  
Alfred Schmidt,  
Vertrauensmann der Provinz Westfalens,  
Geweldeberg, Mittelstr. 18.

**Der Gewerksverein der Eisengießer Ungarns**

(Centrale Budapest, VII. Bezirk, Neuere Balkenstraße Nr. 1736)

gibt den Kollegen des Auslandes, welche Organisationen angehören und Ungarn besuchen, bekannt, daß dieselben sowohl finanziell unterstützt werden, als auch die Arbeitsvermittlung des Vereins in Anspruch nehmen können. Schriftliche Anfragen an die Arbeitsvermittlung werden prompt beantwortet. Die im Lohnkampf stehenden Kollegen werden nach Kräften unterstützt und ersucht der Verein diesfalls um rechtzeitige Verständigung.

Die konstituierende Generalversammlung findet Sonntag, den 30. November, Vormittags 9 Uhr in **Duber's Gasthaus, Budapest, 7. Bez. Neuere Balkenstraße 1736** statt.

Begrüßungsschreiben allerorts erbeten.

Der Sekretär: Der Vorstand:  
Schmidt. Polcsák.

**Abrechnung**

über den Remscheid-Fellenhauerstreik vom 10. Juni bis 11. Juli 1890.

Einnahme: Von Dreher in Nürnberg 100, Neuh 30, 15, 21, Dortmund 20, 10, Bremen 32,70, 30, 30, 30, Magdeburg 40, 38,30, Goldbach in Leipzig 100, 200, 100, Eiter 34,78, 52,85, Mühlheim a. Rh. 13,50, 25,70, Brauweiler 19,50, Bielefeld 26, 18,75, 9, Kugsburg 18, 25, Essen 20, 7,75, Furthhof 69,57, 87,11, Forster-Fachb. Solingen 25, Sangerhausen 14,40, Nürnberg 25, 10, Helfert 10, 4,25, Düsseldorf 6, 6, Gaudensdorf 26,13, 17,59, 26,25, Breslau 12,80, Geweldeberg 21, 2,80, Segitz in Fürth 310 Ehrenfeld 4,30, Hainfeld 6,97, Stahlfurt 30, Hagen 20, Ronsdorf 50, Witten 43, Rosenheim 10, 11, Barmen 12,40, Königsberg 7,75, Dresden 10,75, Magdeburg-Budau 21,65, Köln 15. Aus Remscheid gingen ein: Vom Metallarbeiter-Fachverein 8, 7,50, Klempner-Fachverein 23,05, Bettels- und Hobeletzen-Bohrarbeiterverein 100, Dessenf. Schneider-Vereinigung 4,50, Grob- und Klempner-Werkzeugschmiedeverein 7,50, Delegiertengeld von Remscheid 23,05, Delegiertengeld und Unterstützungsfond v. Barmen 35,10, Von sonstigen Einwohnern des Streikbezirks 3286,48, Ertrag eines Konzerts 363,66, Aus der Vereinskasse 7832,74, Summa 13659,19. Ausgabe: An Unterstützung 13002,50, Porto, Drucksachen und Annoncen 256,69, An Goldbach retour 200, An Segitz 100, Summa 13659,19.

Revidirt und für richtig befunden:

Die Revisoren:

Aug. Falkenrath, Karl Berger, Friedr. Bockwinkel.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen richten an: Aug. Falkenrath in Remscheid-Bl., Bürgerstr. 54.

Hiermit spreche ich im Namen der Remscheid-Kollegen allen auswärtigen Gehern unseren Dank aus für ihre Unterstützung während des Streiks, und werden wir Euch ebenfalls bei derartigen Angelegenheiten, so viel wie in unseren Kräften steht, unterstützen.

Mit kollegialem Gruß!

Karl Meyer,  
Vertrauensmann der Fellenhauer von Remscheid und Umgegend.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter**

(C. S. 29).

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln:

- Nr. 20514 Jakob Fischer.
- 24614 Mich. Perie.
- 24606 Heint. Scheidler.
- 29341 Friedr. Koll.
- 29685 Johann Knoll.
- 24865 Sebastian Stankl.
- 24984 Heint. Nupp.
- 25012 Gg. Ad. Schibtel.
- 28238 Gust. Zimmermann.
- 27841 Herm. Wegner.

- Nr. 27012 Gg. Ad. Schneider.
- 26908 Franz Weigel.
- 26491 Georg Waidhäuser.
- 27087 Arnold Biermann.
- 26285 Jakob Koll.
- 24809 Rob. Demmerling.
- 20179 Robert Zohne.
- 22876 Herm. Höpner.
- 22903 H. Gansh.
- 25717 Max Blau.
- 27845 Aug. Döble.
- 29714 Gottlieb Diech.
- 29710 Edmund Fegler.
- 29719 Fr. Br. Koch.
- 29358 Rob. Plosinsky.
- 27818 Max Samidt.
- 28337 Georg Kaad.
- 25427 Gust. Till.
- 29741 Jos. Schiblo.
- 26437 Herm. Paul.
- 26498 Hub. Mahn.
- 26414 Wilh. Zerbach.
- 26442 Lud. Hagen.
- 26388 Mich. Kiefert.
- 24572 G. Schömerger.
- 24868 J. Schömerger.
- 29863 Kaspar Reichenmaier.
- 29924 Aug. Gädike.
- 15447 C. Diemann.
- 26361 Michael Popp.
- 14219 Ernst Lehmann.
- 14275 Ad. Wöller.
- 16392 A. Augbaum.
- 14466 Otto Faber.
- 17502 Mich. Gurling.
- 15537 J. Schmidt.
- 12195 Wl. Gornh.
- 11509 Fr. Priglow.
- 17765 Ferd. Krüger.
- 10691 Emil Pieweg.
- 1970 Aug. Milow.
- 10623 Georg Samidt.
- 12690 Nikolaus Borgatz.
- 15561 Jakob Pfeffel.
- 19410 Karl Klee.
- 19245 Valentin Fries.
- 11274 Heint. Walejale.
- 12709 Karl Krull.
- 10307 Karl Mittel.
- 17336 Theodor Niemann.
- 10122 Philipp Schöpe.
- 10668 Jos. Lampe.
- 11378 Chr. Mathias.
- 12845 Wilh. Gerner.
- 19188 Jos. Strohbach.
- 18504 Aug. Gärner.
- 18559 G. Diege.
- 17344 Wilh. Schmilz.
- 17833 Wilh. Gasse.
- 12799 Friz Kobler.
- 15458 H. G. Kreisemann.
- 1690 Joh. Bollmann.
- 17728 Emil Lehmann.
- 11204 Aug. Fritsch.
- 19408 Thaddäus Freißler.
- 14954 Heint. Haas.
- 11075 Engelhard Martin.
- 19215 Herm. Gommlich.
- 14759 Anton Theisen.
- 11495 Adolf Döle.
- 17917 Otto Schiefer.
- 17950 H. E. Bunzel.
- 17018 A. Sahr.
- 19408 A. Dirrwächter.
- 12802 Karl Bauer.
- 18444 B. Steinbrücker.
- 12626 Friedr. Gäh.
- 17580 J. Kiepsch.
- 11961 G. Schintowski.
- 19909 Joh. Schäfer.
- 18990 Friedr. Wolf.
- 18510 Joh. Sauer.
- 15719 Herm. Becker.
- 15651 Wilh. Beibte.
- 15661 Hermann Otto.
- 19094 Max Medrian.
- 14485 Georg Murbach.
- 540 Franz En. orf.
- 7220 Franz Kurz.
- 4127 Emil Knopf.
- 7381 Heint. Wigel.
- 13339 Eduard Schulz.
- 2656 Heint. Hartmann.
- 6535 Louis Schamberg.
- 9122 A. Heß.
- 1652 Jul. Sommer.
- 2904 Georg Göbel.
- 200 Philipp Otto.
- 7287 Wilh. Haad.
- 2733 Gust. Harmann.
- 2408 Hermann Wödel.
- 6645 W. Starlapper.
- 20 Karl Vater.
- 211 Peter Wölter.
- 441 Wilh. Blau.
- 446 Theodor Steinmäh.

**Litterarisches.**

**Berliner Arbeiter-Bibliothek.**  
Herausgegeben von Max Schippel. Eben erschienen Heft 7: **Preussische Volks-Gesundheitswesen.** Ein Wort an das Volk und seine Lehrer. Von Hans Müller.

Zürich, 48 Seiten, Preis 20 Pf. — Die schätzbare Schrift bietet eine vernichtende Schilderung der Verwahrlosung des Volks-Unterrichts und der Behandlung der Lehrer in Preußen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie die Expedition, Berlin SO., Elisabeth-Platz 55.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. M. Diez Verlag) ist soeben das 8. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Friedrich Engels. Zu seinem sechzigsten Geburtstag. — Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie. Von Friedrich Engels. — Briefe aus Nordamerika. Von F. A. Sorge. — Die Kongresse von Biele und Galatz. I. Von B. Safarguc. — Der Terrorismus in England und in Europa. I. II. Von Stepaniak. — Feuilleton: Töchter unserer Zeit. Roman aus dem modernen Gesellschaften von F. v. Osta.

**Sterbe-Tafel.**

der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

- Nr. 14596. Andreas Ed. Fabrikarbeiter, geb. 23. September 1860, gest. 7. Febr. 1890 an Lungenschwindsucht in Bamberg.
- 8756a. Ugel Sägenberg, Kupferschmied, geb. 4. Dezember 1848, gest. 20. Febr. 1890 an Lungen- und Kehlkopfschwindsucht in Berlin VI.
- 17216b. August Ehardt, Hilfsarbeiter, geb. 31. Januar 1861, gest. 6. Februar 1890 an Lungenschwindsucht in Berlin II.
- 18421. Karl Worgensier, Fabrikarbeiter, geb. 30. Dezember 1866, gest. 9. Febr. 1890 an Lungenschwindsucht in Dresden N.
- 27176. Theodor Driegen, Walzr., geb. 12. Dezember 1830, gest. 5. März 1890 an Betriebsunfall in Duisburg.
- 12342. Gustav Urban, Schreier, geb. 20. Mai 1848, gest. 13. März 1890 an Lungenentzündung in Dor. b. Sol.
- 14712. Philipp Schürrer, Metallarbeiter, geb. 17. November 1847, gest. 12. März 1890 an Gichtstarre in Wittenhal.
- 17744. Ludwig Schleger, Maschinist, geb. 1. Juli 1861, gest. 13. April 1890 an Schwindsucht in Stralund.
- 27342. Johann Schroll, Maschinist, geb. 6. September 1867, gest. 17. April 1890 an (?) in Roth a. S.
- 10411. Louis Höp, Arbeiter, geb. 31. Dezember 1863, gest. 29. April 1890 an Schwindsucht in Walle.
- 7201. Anton Wanninger, Schmied, geb. 1. Juli 1848, gest. 10. März 1890 an Gedirrentzündung in Augsburg.
- 2187. Julius Gmel, Klempner, geb. 5. Oktober 1844, gest. 29. März 1890 an Grippe in Berlin III.
- 6571. Ferdinand Eßlein, Metallarbeiter, geb. 16. Dezember 1853, gest. 14. März 1890 an Lungenkatarrh in Berlin III.
- 18899. Robert Liebster, Maschinenbauer, geb. 9. Januar 1859, gest. 6. März 1890 an Unfall in Berlin III.
- 3959. Gustav Großheim, Maschinenbauer, geb. 26. Dezember 1850, gest. 29. März 1890 an Nervenleiden in Berlin V.
- 20464. Wilhelm Bernhardt, Dreher, geb. 22. April 1852, gest. 27. März 1890 an Nephritis in Berlin VII.
- 23411. Emil Holzböcker, Hilfsarbeiter, geb. 29. Juli 1852, gest. 25. Febr. 1890 an Lungenschwindsucht in Berlin IX.
- 21569. Ernst Thomas, Former, geb. 10. September 1841, gest. 29. März 1890 an Lungenschwindsucht in Breslau.
- 7880. Christoph Stab, Goldarbeiter, geb. 17. Januar 1845, gest. 27. Februar 1890 an Lungenkatarrh in Brödingen.

**Vereins-Anzeigen.**

**Braunschweig.** (Fachverein der Former und Kernmacher.) Sonnabend, 29. Nov., Mitgliederversammlung im Lokal des Herrn Th. Rogge, Alte Knochenhauerstraße.

**Essen.** (Formerverein.) Die Monatsversammlung findet nicht Sonntag, 30. Nov., sondern Sonntag, 7. Dezember, Nachmittags halb 4 Uhr im Vereinslokal, Rothstraße 25, statt. Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Vortrag: Verschiedenes. — Die Besonderen bitten wir, ihre rückständigen Beiträge zu begleichen und zwar spätestens bis Sonntag, 7. Dezember. In Folge eines sehr starken Zugangs von fremden Kollegen nach Essen wird das Geld dringend benötigt.

**Frankenthal.** (Former-Verein.) Sonntag, 30. Nov., Nachmittags 3 Uhr, im Saal des Herrn L. Groß, Mitglieder-

Versammlung. Tagesordnung: Beitrags-erhebung und Aufnahme neuer Mitglieder. Besprechung einer Christbescherung. Verschiedenes.

**Gießen.** (Metallarbeiterverein.) Samstag, 6. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Rittergasse 17, Generalversammlung. Tagesordnung: Vorstands-wahl. Verschiedenes. — Sammtliche Mitglieder werden ersucht, pünktlich am Platze zu sein. Außerdem ist es einzelnen Kollegen gegenüber nötig, auf § 10, Abs. 2 der Statuten aufmerksam zu machen.

**Hamburg.** (Fachverein der Schlichter u. Gürtler.) Mittwoch, 3. Dez., Abends halb 9 Uhr, im Lokal des Herrn von Salzen, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des H. Dr. Lödermann über Magnetismus.

**Hannover.** (Fachverein d. Klempner etc.) Sonntag, 30. Nov., findet das Stiftungsfest statt. Freunde u. Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen.

**Köln.** (Metallarbeiter-Fachverein.) Sonntag, 7. Dezbr., findet unser Wintervergügen bestehend in Abendunterhaltung und Ball in den Sälen des Posthorn statt, wozu die Kollegen und Freunde des Vereins ergebenst eingeladen sind. Programme für Herrn 25 J., für Damen 15 J. Anfang 8 Uhr. — Montag, 1. Dez., präcis 8 Uhr, im „Solländer“, Mitglieder-versammlung. Tagesordnung: Vortrag: Die Gewerkschaftskonferenz und ihr Einfluss auf die zukünftige Gestaltung der Gewerkschaften Deutschlands. Referent Herr August Brei-Hannover. Bericht über die statistischen Fragebogen. Beschluss des Vorstandes über den geschriebenen eingebrachten Antrag. Fragelasten. Verschiedenes. — Den Beitrag leistenden Mitgliedern zur Nachricht, daß laut Beschluss der letzten Mitglieder-versammlung vom 17. Nov. gegen die Restrenden statutenmäßig vorzugehen ist, und dann die ihren Verpflichtungen nicht nachkommenden gerichtlich belangt werden sollen.

**Mühlheim a. Rh.** (Metallarbeiter-Verein.) Die Neieinterstützung wird jetzt bei Otto Piesch, Dammsstr., in der Wirthschaft von Götzen, Mittags von 12-1 Uhr u. d. Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt.

**Nürnberg.** (Fachverein d. Schmiede u. v. d.) Samstag, 13. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-versammlung. Tagesordnung: Quartals-abrechnung des Kassiers. Vortrag: Fortsetzung über Aufschlag. Aufnahme neuer Mitglieder. Arbeitsvermittlung usw. Fragekasten und Verschiedenes. — Sonntag, 7. Dezember, Vortrag: Petri's Wirthschaft zum Feinere-platz am Feinereplatz. Zusammenkunft 4 Uhr Nachmittags. — Alle Sendungen an Joh. Neubauer, Beckstraße 11, Gostenhof II.

**Nürnberg.** (Fachverein der Flaschner.) Es dreie nemit allen durchreisenden Kollegen zur Kenntniss, daß sich der Arbeits-nachweis „Goldene Sonne“, Gostenhof, befindet, Wochentags von 8-9 Uhr Abends, Sonntags von 10-12 Uhr Vormittags, wofür selbst auch das Geschenk verabsolgt wird. Die Quittungskarten werden vom Sonntag, 23. November ab nicht mehr bei Steltnr. sondern bei Kollege Schroll, Imhofstr. 14, 2 von 12-1 Uhr Mittags und von 7-8 Uhr Abends abgegeben.

**Nürnberg.** (Fachverein aller Arbeiter der Holzzeugbranche.) Sonntag, 30. Nov., Vortrag zu Herrn Haus Sorg, Wirthschaft zum fibernen Hüter, Neugasse. — Auch wird den Mitgliedern bekannt gemacht, daß sich unser Arbeitsnachweis in der Zantner'schen Wirthschaft, Lucherstraße 37, befindet, und ist derselbe geöffnet Sonntag von 11-12 Uhr Vormittags, Dienstag und Donnerstag von 8-9 Uhr Abends. Die Mitglieder werden ersucht, nur unseren Arbeitsnachweis zu benutzen.

**Nordhausen.** (Metallarbeiter-Fachverein.) Sonnabend, 6. Dezember, Abends 8 Uhr, im Schützenhaus Vereins-versammlung. Besprechung über Errichtung einer Filiale der Allgemeinen Krankenkasse der Metallarbeiter. — Es ist nötig, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen. — Die Geschenkausgabe findet in der Wohnung des 1. Vorsitzenden Rob. Meyer, Domstraße 16, statt. In der Fabrik wird keine Unterstützung verabsolgt.

**Schweinfurt.** (Fachverein der Metallarbeiter.) Ein Mitgliedsbuch auf den Namen Albert Bachmann lautet und ist abhanden gekommen. Sollte dasselbe irgend wo vorgezeigt werden, so bitten wir dasselbe abzunehmen.

**Schwerin.** (Metallarbeiter-Fachverein.) Mittwoch, 3. Dezember, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Berichtserstattung über den Delegiertentag Mecklenburgischer Metallarbeiter. Referent W. Tappfer. Des Erscheinens aller Mitglieder ist dringend notwendig.

**Schönningen.** (Metallarbeiter-Verein.) Montag, 1. Dez., Abends halb 9 Uhr, Versammlung im Lokal des Herrn Dieblich, Bahnhofstr.

**Wörlein & Comp. — Nürnberg.**

# Bibliothek politischer Reden.

In unserem Verlage wird in den nächsten Tagen das Probeheft eines historisch-literarischen Unternehmens erscheinen, welches durch seine Eigenart sich ganz sicher in kürzester Zeit eine große Anzahl von Freunden erwerben wird.

Wir beabsichtigen, in zwanglos erscheinenden, billigen Heften hervorragende **Reden** bedeutender Staatsmänner, Politiker, Parlamentarier etc. des 18. und 19. Jahrhunderts zu publiziren. Wie die Literatur überhaupt der Ausdruck der Gesellschaft ist, so bildet die politische Beredsamkeit den Prüfstein für das Leben eines Volkes im Staate. Ob dieses hoch oder niedrig steht, wird zu einem großen Theil an seiner politischen Beredsamkeit richtig bemessen. Jahrhunderte lang hat die politische Rede, trotz des emsigsten Studiums klassischer Vorbilder, bei den meisten Völkern der neueren Geschichte in todesähnlichem Schlafe gelegen und im vorigen Jahrhundert waren es beispielsweise eigentlich nur England und Frankreich, welche auf diesem Gebiete überhaupt etwas aufzuweisen hatten. Heute ist dies anders und darum ist es für unsere gegenwärtige Generation von ganz hervorragendem Interesse, sich mit politischen Reden aus Zeitperioden, die heute Vielen, selbst sogenannten „belesenen“ Leuten, fremd geworden sind, bekannt zu machen.

Damit dürfte der Nachweis, daß das Unternehmen durchaus zeitgemäß ist, erbracht sein. Vielleicht kann hier gleich beigefügt werden, daß diese **Bibliothek** in Folge ihres eigenartigen Inhalts, namentlich auch, da sie nicht in bestimmten Zeiträumen erscheinen und daher nicht eine regelmäßige Ausgabe des sich dafür Interessirenden beansprucht, den zahlreichen heute bestehenden populären Bibliotheken und sonstigen belehrenden Heftausgaben kaum eine Konkurrenz bereiten wird.

Das zu veröffentlichende Material schöpfen wir aus amtlichen Akten, stenographischen Parlamentsberichten und sonstigen Geschichtswerken, deren Ursprung eine authentische Wiedergabe der betreffenden Reden garantiert, einen Theil insbesondere aus einem ähnlichen Werke, das Anfang der vierziger Jahre in Berlin erschien.

Wir werden in bunter Reihenfolge, um das Interesse für die verschiedenartigsten Gegenstände und die verschiedensten Zeiten zu erwecken, Reden von Danton, Mirabeau, Robespierre, Pitt, Kotted, St. Just, Washington, Fichte, Hecker, Castelar, Bismarck, Cassalle, sowie von Parlamentariern aller Nationen und Parteien der Gegenwart (mit orientirenden biographischen Notizen über die betr. Persönlichkeiten) veröffentlichen.

In dem **Probeheft** werden zunächst die Rede **Robespierre's**

„Ueber das Dekret, wodurch die Ausübung bürgerlicher Rechte von einem bestimmten Steuerquantum abhängig gemacht wurde“ (gehalten in der französischen National-Versammlung am 25. Februar 1790) und die Anklagerede **Louvet's** gegen **Robespierre**, gehalten im National-Convent am 9. Oktober 1792, sowie biographische Notizen über die beiden Redner enthalten sein. An Freunde unseres Unternehmens richten wir zugleich das höfliche Ersuchen, uns auf besonders wichtige Materien aufmerksam zu machen und uns eventuell Material einzusenden.

Wir bitten untenstehenden **Bestellzettel** zum Verlangen von Exemplaren des Probeheftes zu benutzen.

## Bestellzettel.

Von **Wörlein & Comp.** in Nürnberg verlange

**Bibliothek politischer Reden, Heft 1.**

.....  
Expl.

Preis 20 Pfennig.

.....  
Ort:

.....  
Name:

.....  
Die „Bibliothek politischer Reden“ kann auch durch die Expedition dieses Blattes und durch alle Colporteurs bezogen werden.

# Aus dem Vorwort zum Probeheft

heben wir zur Orientirung folgende Stellen hervor

Wenn im Schooße der Zeiten eine neue Weltordnung keimte, dann bligte aus dem Tiefen der Volksseele das Wetterleuchten des Geistes auf und der Donner der Beredsamkeit brach neuen Ideen und Gedanken mit elementarer Gewalt die Bahnen.

Wir kennen die Macht der politischen Beredsamkeit, wie sie schon im classischen Alterthum als leitender Faktor des ganzen Staatswesens sich offenbarte, wie sie Athen zu einer Wiege der Bildung des Menschengenusses machte, wie sie den Römern die opferfreudige Bürgerthugend lehrte und dadurch Rom zu einem Weltreich erhob, wie sie noch dem nahenden Untergange des Römerreiches mahnend und warnend in den Weg trat; und wenn wir von diesen fernen Zeiten unsern Blick vergleichend dem Culturleben der heutigen Völker und Staaten zuwenden, so sehen wir auch hier die politische Beredsamkeit eine Rolle spielen, die um so bedeutungsvoller erscheint, je weiter ein Volk in seiner geistigen Freiheit und seinem Selbstbestimmungsrecht vorgeschritten ist. Denn die politische Beredsamkeit, dieser unmittelbarste Ausdruck des Denkens und Fühlens eines Volkes, war auch von jeher der Prüfstein für die geistige und culturelle Höhe desselben.

Freilich ist man trotzdem an unsern officiellen staatlichen Bildungsstätten weit davon entfernt, die Bedeutung dieses Culturfaktors in vollem Maße zu würdigen. Man begnügt sich damit, die sogenannte classische Bildung auf diesem Gebiete in dem Kennen der stilistischen Formen und Wendungen, in dem Auswendiglernen des Wortlautes von Reden des Cicero zc. zu sehen. In den Geist, in die Tendenz der Reden bringt man nicht tiefer ein und noch weit weniger ist man bereit, zur Pflege und Förderung der politischen Beredsamkeit für unser heutiges Staatsleben beizutragen und dem Lernenden Vorbilder aus der modernen Zeit zugänglich zu machen.

Die Ursache dieser Lücke im akademischen Lehrverfahren ist leicht zu erkennen. Politische Beredsamkeit setzt ein politisches Volksleben, die Theilnahme Aller an den öffentlichen Angelegenheiten voraus. Und die freie Rede ist eine demokratische Macht, welche die altherwürdigsten Uebelstände nicht schont, welche das Neue, Bessere oft auf dem Wege der Kritik des Alten zu erstreiten sucht. An einer solchen Triebfeder des Fortschrittes ist den herrschenden Klassen durchaus nichts gelegen. Sie ziehen der regsten gemeinnützigsten Thätigkeit das schweigende Gehorchen des Volkes vor.

Werfen wir einen Blick auf die Geschichte der europäischen Völker, so finden wir, daß in der That die freie politische Rede, unterdrückt von den Herrschenden, Jahrhunderte lang in todtenähnlichem Schweigen versunken war. Die Zeit dieses Schweigens war aber auch die Zeit der Barbarei, des finstersten Aberglaubens, der Hexenprozesse, der Inquisition.

Zuerst in England regte sich wieder die politische Beredsamkeit. Da erhob der weitblickende Thomas More seine Stimme, dem Herrscher trotzend und Staat und Gesellschaft kritisirend; da bildeten sich die ersten Parlamente, anfänglich für machtlose Schwäger Schulen gehalten, die jedoch gar bald die Waffe der politischen Rede führten, lernten, so daß sie sich Macht und Ansehen erwarben, z. B. zweifig Armeen befehligten und im Jahre 1649 sogar einen König (Karl I.) auf das Schaffot lieferten. Bis auf den heutigen Tag noch haben die englischen Parlamente ihre ausschlaggebende Autorität im Staate zu behaupten gewußt.

Eigentlich bahnbrechend für die Ideen der neuen Zeit, für die ganze moderne Weltanschauung wirkte jedoch im vorigen Jahrhundert die Litteratur und damit verbunden die sichhafte Beredsamkeit der Franzosen. In Frankreich war es, wo die politische Beredsamkeit mit Donner und Blitz die Atmosphäre reinigte, wo vor ihrer Macht die alte Welt in Trümmern sank. Dort ~~erlebte~~ sie sich aber ~~zu~~ zu einer Leidenschaftlichkeit und einem Heroismus, wie wohl nie zuvor. Die Rede war ein Schwert, die Debatte eine Schlacht, der Redner setzte seinen Kopf für sein Wort ein.

In den Stürmen der französischen Revolution siegte das freie Wort über alle die Jahrhunderte alten Privilegien und Unterdrückungsmittel des Feudalstaates, ja es siegte über die Despotenherrscher der gegen die Revolution verschworenen Herrscher Europa's. Freilich war es nicht ein gewöhnlicher Parlamentarismus, der diese Schlachten schlug; das ganze Volk war von der Begeisterung erfasst, welche die politische Beredsamkeit entfesselte. „Ein Tisch, ein Stuhl, die Rednerbühne“, so sprach Marat auf offener Straße zum Volke, so schwang sich Kamille Desmoulins im Garten des Palais Royal auf einen Tisch und gab in flammender Rede das Signal zur Volksbewaffnung, welche wenige Tage später die Zerstörung der Bastille zur Folge hatte. Auch Robespierre erwarb sich seine Popularität bereits im Jakobinerclub und Danton's Donnerstimme kannte das Volk lange schon, ehe sie im Nationalkonvent ertönte.

Wie stand es aber um die politische Beredsamkeit in Deutschland? Hier trieb man die gründlichsten Studien über griechische und römische Rhetorik; das freie Wort galt nichtsdestoweniger noch bis in unsere Zeit herein als ein fluchwürdiges Verbrechen. Aber trotz alledem, seit der Donner der französischen Revolution den Eömen der Beredsamkeit geweckt, brachte ihn auch in Deutschland alle Spitzfindigkeit des reactionären Bundesstags, alle Grausamkeit kleinstaatlicher Kerkermeister nicht mehr zum Schweigen. In den Ständeversammlungen erhoben sich Demokraten, welche Presse- und Redefreiheit forderten; in den öffentlichen und geheimen Versammlungen der Burschenschaftsbewegung wurde neben vielem unklaren Wust doch auch mancher echte Freiheitsgedanke in die Herzen der Jugend verpflanzt; dann kamen die Sturmjahre 1848 und 1849, die politische Beredsamkeit durchbrach ihre Dämme, die Bieder Herwegh's und Freiligrath's begeisterten das Volk, und wenn es auch im Waffengange blutige Niederlagen erlitt, so waren die geistigen Erfolge der Revolution dennoch bedeutende. Die feudale Regierung von Vereinsrecht, Presse, Redefreiheit zc. mußte einer — wenn auch widerwilligen und bedingungsweisen — Anerkennung derselben Platz machen. Damit war der Boden für weitere Geisteskämpfe vorbereitet. Es erschien Ferdinand Lassalle, dessen geniale Beredsamkeit die Arbeiterklasse als solche zum Kampfe für ihre Rechte aufrief. Von ihm lernten die Arbeiter die Waffe der öffentlichen Rede führen. Die Arbeiterbewegung kam in Fluß und sie hat in der neuesten Zeit für die Bedeutung der politischen Beredsamkeit das werthvollste Zeugniß abgelegt, welches die Geschichte kennt. Man beschloß ihre Vernichtung, stellte sie außerhalb des Gesetzes, nahm ihr Versammlungs-, Vereinsrecht und Presse, belegte ihre Vorkämpfer mit Acht und Verbannung und es blieb der verfolgten Arbeiterpartei nur eine einzige Tribüne, die des deutschen Reichstags, zur Vertheidigung ihrer Sache übrig. Von dieser Stelle aus führte und leitete sie den Kampf zwölf Jahre lang, überwand alle Zwangsmaßregeln, besiegte den mächtigsten Staatsmann des Jahrhunderts und hielt Hirschau über mehr als eine Million Streiter.

Wer sollte sich nun, angesichts dieser geschichtlichen Thatfachen, nicht für die Producte der politischen Beredsamkeit großer Zeiten und hervorragender Geister interessieren? Wer möchte nicht durch das Studium ausschlaggebender Reden in das Wesen des Entwicklungsprozesses unseres Staats- und Gesellschaftslebens eindringen, wer hätte nicht den Wunsch, aus diesem reichen Arsenal von Geisteswaffen seine eigene Wehrhaftigkeit zu stärken?

Wir glauben, daß gerade jetzt, während das Volksinteresse mit erhöhtem Eifer den öffentlichen Angelegenheiten sich zuwendet und auch der einfachste Arbeiter sich bemüht, durch politische Thätigkeit an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken, es zeitgemäß sei, den Mann aus dem Volke einen Blick auf die parlamentarischen Kämpfe früherer Zeiten zu ermöglichen.